Alhambra

Zeitung und Programm

November 2005

alhambra
- grundsätzliches -

Das Alhambra ist eines der wenigen Aktions- und Kommunikationszentren dieser Größe in der BRD, das vollkommen unabhängig von staatlicher oder kommunaler Finanzierung und auch Einflußnahme ist. Es gibt keinerlei Zuschüsse. Alle Gelder, von denen das Alhambra existiert, werden gespendet, oder durch Veranstaltungen, wie z.B. Discos eingenommen. Von den (wenigen) Spenden und den Einnahmen aus dem Getränkeverkauf wird der Unterhalt des Alhambra bestritten. Alle anfallenden Arbeiten werden von Leuten bewältigt, die das in ihrer Freizeit unentgeltlich - oft mit Streß und Nerverei verbunden - tun. Das Alhambra ist vollkommen unabhängig und selbstverwaltet. Die manchmal etwas undurchschaubaren Strukturen machen es für Außenstehende etwas schwierig, die entsprechenden Ansprechpersonen zu finden, die auf Fragen antworten können. Jeden zweiten Freitag im Monat trifft sich das einzige Gremium, das über die Belange des Alhambra entscheiden kann, das „NutzerInnen-Plenum". Auf diesem Plenum sind in der Regel VertreterInnen aller Gruppen, die das Alhambra in irgendeiner Form nutzen. Hier wird Organisatorisches besprochen, also wie der Laden genutzt wird, welche Termine wofür vergeben werden etc. Wenn ihr irgendwelche Veranstaltungen im Alhambra machen, oder das Alhambra in anderer Form nutzen wollt: Das NutzerInnen-Plenum ist der einzige Ort, an dem dies besprochen und auch der entsprechende Termin vergeben werden kann.

Hermannstraße 83 26135 Oldenburg
Tel.: 0441-14402 Fax: 0441-21706489
e-mail: alhambra@alhambra.de
www.alhambra.de

Spendenkonto:
LzO, BLZ 280 501 00, Kto.Nr. 000-430 397

zeitung
-unterstützerinnen-

AK Rote Rispe, AKKU, ALSO-Plenum, Alternative Liste der C.v.O.-Uni, Antifaschistische Aktion OL, Antifa-Café, Arbeitskreis Asyl, ASTA der C.v.O.-Uni, Crush Hour Concerts, DKP OL, „Dritte Welt"-Infozentrum&Laden, Donna 45, Filmriß, Gruppe Links der C.v.O.-Uni, Hochschulgruppe Ausländischer Studierender, Ini für offene Grenzen - gegen Abschiebung und Sondergesetze, Infoladen Metropole, Jazzclub Alluvium, Kampagne Mumia Abu Jamal Oldenburg, Lateinamerika-Gruppe, NaUnd e.V., Oldenburger Linke Liste (OLLI), Oldenburger Rechtshilfe, PDS - Linke Liste OL, Rosige Zeiten, SDAJ, Stachel, Wagenburg Blöder Butterpilz, zweiundvierzig, SchülerInnenbündnis Swimmy

Die einzelnen Beiträge der Alhambra-Zeitung geben nicht unbedingt die Meinung der UnterstützerInnen wieder. V.i.S.d.P.: K. Fischer

Eigentumsvorbehalt:
Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders/der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurück zusenden. Der Rest ist auszuhändigen.

Inhalt:

Demo gegen Polizei in OL/
Naziaufmarsch in GÖ verhindert Seite 03
Castoralarm im November 2005 Seite 05
Cyber-Antifa Seite 07
Doppelte Staatsbürgerschaft Seite 08
Flüchtlingspolitik in Spanien Seite 10
Magdeburg-Prozeß / Gripstheater Seite 12
big brother awards Seite 14
Die Wiederkehr der »Klasse« Seite 20
Der Begriff des Faschismus (Teil 2) Seite 25
Ironische Firmen Seite 28
Literaturseite Seite 30
konzerte Seite 31

Demo gegen Polizei in Oldenburg

"Wir holen uns die Strasse zurück!"

Am 8. Oktober drückten etwa 200 DemonstrantInnen ihren Protest über die völlig überzogenen Polizeiaktionen, die sich am 3. September ereignet hatten, in einer Demonstration aus. Am 3. September hatte die Polizei einen Naziaufmarsch der NPD durch die Stadt geprügelt.

DemonstrantInnen wurden u.a. mit CS Gas und Knüppeln attackiert, 17 AntifaschistInnen festgenommen und 100 Ingewahrsam genommen sowie 194 Platzverweise ausgesprochen. Während des Naziaufmarsches war es selbst shoppenden RentnerInnen oder Familien nicht erlaubt worden, die Innenstadt zu betreten bzw. zu verlassen. Die Stadt war in ein Labyrinth aus Absperrungen und Aggro-Cops aufgeteilt. Mehrere tausend GegendemonstrantInnen versuchten trotzdem den Naziaufmarsch zu verhinden.

Die Demonstration am 8.10. nahm ein Teil der Demo-TeilnehmerInnen zum Anlaß, in lustigen Planspielen die Gewalt der Polizei aufzuzeigen. Daher griffen sie - überzeugend als PolizistInnen verkleidet - mehrmals die Demo an. „Bewaffnet" mit wirklich gefährlich aussehenden „Knüppeln" (Luftballonschlangen) gelang es Ihnen ein ums andere Mal die Demo aufzuhalten.

Die DemonstrantInnen hatten viel Spaß und verblüfften die shoppende Bevölkerung und die Polizei ein ums andere Mal mit ihren schauspielerischen Fähigkeiten. Ausserdem wurde eine Broschüre - die das Verhalten der Polizei auf Naziaufmärschen thematisiert an die interessierte OldenburgerInnen verteilt.

Die richtigen Cops verhielten sich - mal abgesehen von den üblichen Dokueskapaden -ruhig.

+++ gefunden bei Indymedia +++

Am 14.11. werden im Antifa-Cafe im Alhambra so gegen 20.30h ein Filmchen zum 3.9. und eine Videoaufzeichnung von der Demo am 8.10. gezeigt.

Naziaufmarsch in Göttingen verhindert

Blockaden und brennende Barrikaden stoppen Neonazis in Göttingen Mehr als 3.500 Menschen bei Bündnisdemonstration - davon 1.000 im Antifablock

Die Absicht der NPD am heutigen Samstag einen Naziaufmarsch in Göttingen durchzuführen, geriet zum Desaster. Trotz eines Großaufgebotes der Polizei hatte diese weite Teile der Stadt nicht unter Kontrolle, der NPD-Aufmarsch wurde daher schon nach kurzer Strecke und 3 Stunden früher als geplant abgebrochen.

Nachdem sich am Morgen mehrere hundert AntifaschistInnen am Bahnhof, dem Startpunkt des Neonaziaufmarsches, gesammelt hatten, setzte sich gegen 11 Uhr die Demonstration des Bündnis gegen Rechts in Richtung Weender Tor in Bewegung. Mehr als 3.500 Menschen nahmen an der Bündnisdemonstration teil, davon etwa 1.000 an einem Antifablock (...). Zum Ende der Demonstration versuchte der Antifablock zum Weender Tor durchzubrechen, wo bereits 500 Menschen die Kreuzung blockierten. Die Polizei reagierte mit Schlägen und mit dem Einsatz von Reizgas.
Zeitgleich wurde die geplante Aufmarschroute der NPD wiederholt von größeren Sitzblockaden versperrt. Mehrere hundert autonome AntifaschistInnen errichteten brennende Barrikaden, so dass die Polizei im Stadtteil rund um den Unicampus nicht für die Sicherheit der Neonazis sorgen konnte. Nachdem die Polizei offensichtlich die Kontrolle über das Geschehen verloren hatte, führte sie die Neonazis über eine verkürzte Route zum Hauptbahnhof zurück, wo diese von hunderten AntifaschistInnen mit einem gellenden Pfeifkonzert verabschiedet wurden. (...)
Am NPD-Aufmarsch beteiligten sich etwa 230 Neonazis aus Nordrhein-Westfalen, Norddeutschland und Thüringen. Auf der Weender Landstraße wurden die FaschistInnen mit Steinen, Flaschen und Wasserbomben angegriffen, ihr Lautsprecherwagen hatte daraufhin vorübergehend einen Stromausfall. (...)
Der Ermittlungsausschuss der Roten Hilfe teilte mit, dass im Laufe des Tages mindestens 44 AntifaschistInnen in Gewahrsam genommen wurden, mindestens 13 GegendemonstrantInnen wurden festgenommen. Auch nach Ende der Veranstaltungen machte die Polizei Jagd auf AntifaschistInnen in der Stadt.

Presseinformation der A.L.I.
vom 29. Oktober 2005

Militanz und Geschick unterschätzt!

Nach Abschluss des„heißen Samstags“ nahm die Leitung der Göttinger Polizei Stellung zu den Vorgängen und musste zugeben, dass sie die Aggressivität der Autonomen und ihr taktisches Geschick unterschätzt hatte. Die Anspannung war Polizeipräsident Hans Wargel noch ins Gesicht geschrieben. „Dieser Einsatz ist nicht so gelaufen, wie wir uns das vorgestellt haben“, so sein Resümee direkt am Abend.

(Göttingen / bb) „Wir haben nicht mit der Militanz der Autonomen und auch nicht mit brennenden Barrikaden gerechnet“, so der Polizeipräsident. Unter diesem Gesichtspunkt bedauerte er besonders die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichtes, das die NPD-Demonstration genehmigt hatte. Versammlungsrechtliche Einsatzmöglichkeiten seien das eine, polizeiliche aber etwas ganz anderes. 230 NPD-Demonstranten waren zu schützen gewesen. „Ich würde mir wünschen, dass der neue Bundestag die NPD verbietet, um uns solche Einsätze zu ersparen.“ Wargel berichtete von etwa 1 000 militanten Autonomen, die aus dem gesamten Bundesgebiet nach Göttingen gekommen waren. Zudem hätte es noch 500 „politische Autonome“ (Polizeijargon) gegeben, die sich an der DGB-Demonstration beteiligt hätten. Insgesamt 5 000 Menschen hätten an der friedlichen Demonstration des DGB teilgenommen, zum „Frühstück“ wären etwa 1 500 Menschen gekommen.
„Wenn es zu einem Aufeinandertreffen von Autonomen und NPD gekommen wäre, dann hätte es Gegenwehr von Seiten der NPD gegeben, die hatte Schlägertrupps dabei“, berichtete Wargel. Auch dieses hatte den Einsatz, ebenso wie die Verlegung des Demonstrationsbeginns der NPD vor den Bahnhof ,nicht eben erleichtert. „Der Beschluss des OVG hat unsere Taktik erschwert. Ich hoffe, dass die Erkenntisse des heutigen Tages in Zukunft berücksichtigt werden.“ Besonders problematisch waren für die Polizei die Barrikaden auf der Aufzugstrecke und auf einigen Nebenstraßen. Insgesamt 30 „Barrikaden im Raum“ haben die Beamten gezählt.
„Die Autonomen haben aus dem Univiertel in Gruppen- und Kleingruppentaktik agiert“, so Wargel . „Einen solchen Organisationsgrad gab es bisher nur in Berlin und in Hamburg.“ Späher auf den Dächern und Fahrradmelder seien eingesetzt worden und bei der Demonstration wurde dazu aufgerufen, keinen Alkohol zu trinken. „Wir gehen davon aus, dass etwa 80 Prozent der Autonomen von auswärts kamen“, so Wargel. Einsatzleiter Rainer Langer berichtete von 14 unbeteiligten Verletzten, von 14 verletzten Beamten und von etwa 50 Verletzten, die selbständig die ärztliche Versorgung aufgesucht haben.
Im Verlaufe des Tages gab es insgesamt 41 Festnahmen. Drei Strafanzeigen gab's gegen die NPD-Demonstranten. Die drei Wasserwerfer seien nur zum Löschen der Barrikanden zum Einsatz gekommen, die Gesamtschadenshöhe betrug etwa 150 000 Euro. Die Höhe der Gesamteinsatzkosten der Polizei ist noch nicht bekannt. „Die Gewaltanwender haben dem Rechtsstaat einen Bärendiest geleistet“, so der Polizeipräsident. (gefunden im Göttinger Tip)

Eine Gesellschaft die den Betrieb von Atomanlagen akzeptiert, muss weiterhin mit unserem Widerstand rechnen.

Liselotte Meyer

Organisieren wir die notwendigen Eingriffe in den gesellschaftlichen Normalbetrieb11/2005

Castoralarm November 2005

Ausstieg lieber nie als gar nicht?

Ist Gerhard Schröder ein Widerstandrecke? Findet Jürgen Trittin in den Schoß des außerparlamentarischen Widerstand zurück? Wird also alles gut? Wohl kaum. Aber wenn mensch sich das aktuelle parteipolitische Gerede zur Energiepolitik anschaut, wenn mensch sieht wie Sozialdemokratinnen und Grüne sich darin üben gegen den Neubau von Atomanlage und für den Atomkonsens zu streiten, könnte mensch auf diese Idee kommen. Dabei scheint es irgendwie egal, ob die AKWs nun heute vom Netz gehen oder nach etwa 35 Jahren Laufzeit. Nur neue sollte möglichst nicht gebaut werden oder zumindest nicht in der brd oder so. Doch ganz so beliebig sind die Dinge nicht.

Normal ist das nicht

Tschernobyl, Harrisburg, Sellafield, Tokaimura, Brunsbüttel. Die Liste schwerer Störfälle ist lang und dabei ist schon der Normalbetrieb ein Störfall. Tag für Tag werden in den Uranabbaugebieten in Kanada, Australien oder dem Niger weite Fläche mit radioaktivem Abraum verseucht der noch 80% der Radiaktivität enthält. Tag für Tag werden auch die Widerauferei-tungsanlagen in LaHague und Sellafield radioaktive Abwasser in die Nordsee geleitet. Bereits heute liegen die Leukämieraten im Umfeld dieser Anlagen um den Vielfaches über dem Landesdurchschnitt. Im Frühjahr 2005 verlor in Sellafield die zentrale Wiederaufbereitungsanalge gut 100 000 Liter hochradioaktiver Flüssigkeit ohne dass dies über Wochen hinweg bemerkt worden wäre. Tag für Tag wird an den AKW Niedrigstrahlung freigesetzt. Viele Wissenschaftlerinnen sehen einen direkten Zusammenhang zwischen Niedrigstrahlung und der erhöhten Zahl von Leukämieerkrankungen in der Nachbarschaft der Anlagen. Tag für Tag wird neuer Atommüll produziert. Keine weiß wohin damit. Alle bisherigen Endlagerversuche sind kläglich gescheitert. Für die brd heisst dass: Der Salzstock Asse säuft nach und nach ab. Das Endlager in Morsleben, jahrelang auf Weisung der damaligen Umweltministerin Merkel weiterbetrieben, muss jetzt notverfüllt werden damit es nicht zusammenstürzt. Und auch der letzten Regierungsstelle sollte im Jahr 2005 bekannt sein, dass der Salzstock Gorleben zwar ein Deckgebirge bräuchte, aber keins hat. Weltweit gibt es kein einziges Endlager.

WIR SIND MIT DER GESAMTSITUATION UNZUFRIEDEN

Die Verhältnisse sind „radikal"

Die Forderung der sofortigen Stilllegung aller Atomanlagen ist die Konsequenz aus diesen Verhältnissen. Sie ist nicht radikal, die Verhältnisse sind es. Tatsache ist, dass bereits der „Normalbetrieb" der Atomanlagen einem Störfall gleichkommt. Daher bleiben alle Maßnahmen hinter dem eigentlich erforderlichen Tempo zurück, denn kein einziger weiterer Betriebstag der Atomanlagen ist akzeptabel. Jede Debatte um Restlaufzeit trägt dazu bei, die täglichen Opfer der Atomenergie in den Uranabbaugebieten und an den Atomanlagen gegen Konzerninteressen bzw. volkswirtschaftliche „Sachzwänge" aufzurechnen. Schon das Aufmachen dieser Rechnung und nicht erst ihr vermeintlich falsches Ergebnis ist der Menschen verachtende Zynismus hinter den Verhandlungen über „Konsens" vs. „Neubau" von Atomanlagen. Die Tatsache, dass in der Debatte um Restlaufzeiten nicht einmal von Urananbau und dessen Folgen die Rede ist spricht für sich. Dieses „Unsichtbarmachen", dieses Leugnen der Existenz Betroffener ist Ausdruck der gesellschaftlichen Verhältnisse gegen die wir angehen. Hier liegt die Subtraktion der verbleibenden 19 Jahre Restlaufzeit. Die Forderung „Sofortige Stillegung aller Atomanlagen" ist der Versuch an wenigstens einer Stelle dieser Gesellschaft aufzuzeigen, dass nicht alle den HERRschenden Zynismus mitmachen, Menschenleben gegen Konzernprofite aufzurechnen. Das „Sofort" ist ein Nein dazu, die Opfer der Atomkraft in Urananbaugebieten und an den übrigen Atomanlagen zur Verhandlungsmasse zu machen.

Atomausstieg ist Handarbeit

Ende der 80er Jahre war das Thema Atomenergie ähnlich am Boden, wie es autofreie Verkehrssysteme heute sind.

Durch die strategische Entscheidung Atomtransporte als Achillesferse der Atomindustrie anzugreifen gelang es uns den Konflikt um die Atomanlagen nach den verloreneren Kämpfen um die AKW-Bauplätze erneut zuzuspitzen. Schon der erste Castortransport nach Gorleben kostete atemberaubende 50 Mio. DM. Bei allen weiteren Transporten waren Parteien und Einsatzleitung hektisch bemüht die Kosten „Aufstandsbekämpfung“ durch allerlei Tricks nach unten rechnen (z.B. nur die Überstunden zu zählen). Vor 2001 fuhren im schnitt zwei Castoren wöchentlich in normalen Güterzügen durch die brd. Seit Ende Transportstopps für abgebrannte Brennelemente (1998-2001) wurde systematisch eine Kampagne gegen WAA-Transporte aufgebaut. Kein einziger Transport konnte seither ungestört das Land durchqueren. Die rheinland-pfälzische Polizei sah sich bereits außer Stande parallel zur Beerdigung von Hannelore Kohl einen Atomtransport zu schützen. Seit 2002 wurde in den Transporten bis zu 16 Behälter in Sonderzügen zusammengefasst, die von mehreren Waggons des BGS und Hubschraubern begleitet wurden. Über die Jahre entwickelte sich eine enge Zusammenarbeit mit französischen Gruppen, die es immer wieder schafften, die Transporte im französischen Streckenabschnitt zu stoppen. 2001 gelang es dort einigen Aktivistinnen einen Güterzug direkt vor dem Castor an die Schienen zu schweißen und den Transport so um mehrere Stunden zu verzögern. Vo den 91 Behältern, die 2001 in die WAAs gebracht werden sollten, konnten Polizei und BGS nur rund 50 durchsetzen. Der Bau der elf Zwischenlager unter Rot-Grün stellt daher im Wesentlichen ein Ausweichen vor dem Widerstand dar, für einen Atomausstieg ist diese Maßnahme unbrauchbar. Dazu sollte mensch wissen, dass ein Zwischenlager mit rund 50 Mio. Euro in etwa so viel kostet, wie ein einziger Atomtransport nach Gorleben. Dass es Rot-Grün eher um eine Stilllegung der Atomanlagen geht wird deutlich daran, dass Rot-Grün keine Hemmungen hatte die brisante Urananreicherungsanlage in Gronau (eine Anlage wie jene im iranischen Isfahan) auf die vierfache Kapazität ausbauen zu lassen.

Es gibt viele Arten zu töten.
Man kann einem ein Messer in Bauch stechen.
Einem das Brot entziehen.
Einen von einer Krankheit nicht heilen.
Einem in eine schlechte Wohnung stecken.
Einen zum Selbstmord treiben.
Durch Arbeit zu Tode schinden.
Einen in den Krieg führen usw.
Nur weniges davon ist in unserem Staate verboten.

B. Brecht

Sebastian Briat

Sebastian Briat wurde am 07.11.2004 getötet als er sich dem Atomstaat in den Weg stellte. Der CASTOR-Transport vom französischem LaHague nach Gorleben überrollte ihn nahre der Stadt Avricourt. Der Zug fuhr zu schnell um rechtzeitig zu bremsen. Er sollte eine Verspätung aufholen. Atomtransporte sind unverzichtbarer Bestandteil des menschenverachtenden Normalbetriebs von Atomanlagen. Sebastian starb als er sich dagegen zu Wehr setzte. Sein Tod ist ein Grund mehr, im Widerstand gegen den Atomstaat nicht nachzulassen.

JedeR einzelne muss für sich entscheiden, was sie gegen den Betrieb von Atomanlagen tun will, wo sie in den gesellschaftlichen „Normalbetrieb“ eingreifen will. Doch es geht bei diesen Eingriffen nicht nur um die Gesellschaft, wie sie jetzt ist, sondern auch darum wie sie sein sollte. Es ist kein Zufall oder rein technisch bedingt, dass sich Menschen in der Antiatom-Bewegung in Gruppen organisieren und nicht etwa in Parteien oder Verbänden. Wir begreifen unsere Politik als kollektiven Prozess, als Politik in der ersten Person. In der Art, in der wir die Auseinandersetzung hier und jetzt führen, versuchen wir über den Ist-Zustand der Gesellschaft hinauszugreifen. Wir laden Euch daher herzlich, Euch mit uns im November 2005 zu organisieren.

In diesem Sinne: Bildet Euch und bildet Banden!

Organisiert Euch in Bezugsgruppen
Kommt in die Camps Metzingen (an der B 216), Hitzacker und Dannenberg – orientiert Euch an den Infopunkten entlang der Straßentransportstrecke.

Bringt Euch in die Plenumstrukturen und Scheunenorganisation ein

Bringt Radios mit und hört Radio Zusa (in Lüneburg 95,5 in Lüchow Dannenberg 89,7)

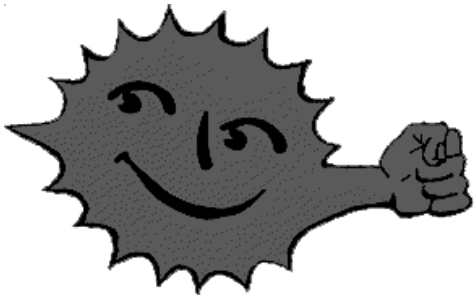
Empfolene Karte: Topographische Karte 1:50 000 Naturpark Eibufer Drawehn

Es wird dem Anlass nach um angemessene Bekleidung gebeten

Auftaktdemo: 5.11.05 Lüneburg
Tag X: 7./8.11.

Blockiert und sabotiert Atomtransporte !
Sofortige Stilllegung aller Atomanlagen weltweit !

Autonome und Linksradikale Gruppen aus Nord- und Ostdeutschland



Skadi über K2 an Ohmanwasfüreinname

Wie sich die Zeiten ändern. Als am 20. Mai 1989 vier Antifas in die Wohnung des Neonazis Christian Worch in Hamburg einbrachen, um Material über die Zusammenhänge der rechtsextremen Szene der Bundesrepublik zu erlangen, mussten sie einen fast paramilitärischen Aufwand betreiben. Immerhin 50 Aktenordner aus den Beständen Worchs wechselten damals den Besitzer. Die »Rechercheure« des Mobilen Antifaschistischen Kommandos entkamen unerkannt. Christian Worch und seine damalige Frau Ursula fanden sich, körperlich unversehrt, aber gefesselt auf dem Boden ihrer Wohnung wieder.

In einer Erklärung stellte das Kommando damals in Aussicht, die Erkenntnisse aus den beschlagnahmten Schriften der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Ein Vorhaben, das wegen der scharfen staatlichen Verfolgung schwer zu verwirklichen war. In diesem Fall kam es zum ersten 129a-Verfahren gegen Hamburger Antifas.

Ob Christian Worch, der 17 Jahre später immer noch einer der bedeutendsten Anführer der deutschen Neonaziszene ist, an diesen Überfall des Frühsommers 1989 zurückdenken musste, als ihm in der vorigen Woche mitgeteilt wurde, dass die vollständige Datenbank des Forums »Freier Widerstand« von der »Daten-Antifa« gehackt wurde? Der Schaden für die rechtsextreme Szene dürfte im aktuellen Fall höher ausfallen als im Jahr 1989. Über 4 000 Profile von Nutzerinnen und Nutzern des Neonazi-Forums und an die 16 000 persönliche Nachrichten machten die virtuellen Antifas öffentlich, indem sie die Daten zur freien Verfügung ins Internet stellten. Eine Datenmenge, die umgerechnet in Papierseiten kaum in 50 Aktenordner passen dürfte.

Doch welche Erkenntnisse ergeben sich aus der Analyse der Unmenge von Informationen? Öfter hätten sie sich des Gefühls nicht erwehren können, »hier handelt es sich nicht um ein relevantes Neonaziportal, sondern vorrangig um eine Daily Soap«, schreibt die »Daten-Antifa« selbst. »Wir mussten feststellen, dass es sich um eine Quatschbude ersten Ranges handelt.«

Bei einem Großteil der Nachrichten geht es um Beziehungsprobleme, verletzte Eitelkeiten, Animositäten, Selbstdarstellungen und Profilierungen. So beklagt eine Nutzerin, die sich »Skadi« nennt, im Forum gegenüber einem anderen Nutzer, der unter dem Namen »Ohmanwasfüreinname« firmierte, ihr Liebesleid mit einem Dritten, der im »Freien Widerstand« unter dem Kürzel »K2«, das offenbar auf »KZ« anspielen soll, mitmachte. »K2 soll zu seiner tollen Kristin gehen und mich zufrieden lassen. Mit ihr wirds er glücklich, das hat er mich oft genug zu versteh gegeben«, schreibt die Betrogene in eigenartiger Orthografie an »Ohmanwasfüreinname«. Während« Ohmanwasfüreinname« Verständnis heuchelt, schickt er gleichzeitig jede ihrer Mails an seinen Kumpel »K2« weiter, damit dieser immer bestens über die psychische Verfassung seiner verhassten Freundin informiert ist.

Während also ein nicht unerheblicher Teil der Kommunikation von banalen Alltagsgeschichten handelt, die allenfalls tiefenpsychologische Einblicke in rechtsextreme Seelen erlauben, wird aber auch deutlich, wie gefährlich die Bagatellisierung des Datenmaterials sein kann. Derselbe jugendliche Neonazi »K2« nämlich, der seine Freundin belügt, entpuppt sich in einer Nachricht vom 3. Dezember des vergangenen Jahres als Gewalttäter, der offen zugibt, Antifas schwer verletzt zu haben. »Wenn Du mitbekommen hast mit der Montagsdemo am 1.11.04 wo die Antifas heftig verletzt worden … ich, hagendorf und 2 weitere hatten die Ehre.« Die veröffentlichten Daten enthalten also auch Informationen, aus denen eindeutige Hinweise auf gewalttätige Übergriffe von Rechtsextremen hervorgehen.

An anderer Stelle prahlt ein Mitglied des Forums mit seinen Söldneraktivitäten; er habe in der Sondereinheit der Bundeswehr, dem Kommando Spezialkräfte (KSK), als Fernspäher gekämpft. Er gibt damit an, angeblich im Kreis von ehemaligen hochrangigen Militärs den gewaltsamen Umsturz zu planen.

Die Forennamen, für die viele Nutzer germanische Ausdrücke oder typisch neonazistische Zahlenkombinationen bevorzugen, lassen oftmals einen einfachen Rückschluss auf die Identität der Rechtsextremen zu. In vielen persönlichen Nachrichten werden Klarnamen, Adressen, Telefon- und Mobilfunknummern genannt. Nach Anführern wie Alex Reitz oder Christian Worch muss gar nicht großartig recherchiert werden. Sie schreiben offen unter ihrem Namen. Aus ihrer Korrespondenz lassen sich ebenfalls Informationen gewinnen. Etwa über das Verhältnis zwischen so genannten Freien Kameradschaften und der NPD oder über geplante Aufmärsche. Worch etwa, dem seit Jahren ein gespanntes Verhältnis zur NPD nachgesagt wird, da er lieber seine persönlichen Ziele verfolgt, hofft offenbar immer noch auf die Partei und scheint ihr viel näher zu stehen, als bislang vermutet wurde.

Die E-Mail-Korrespondenz gibt an vielen Stellen einen Blick auf die Beziehungen der Neonazis untereinander frei. Etwa wenn der ehemalige Notariatsgehilfe Worch über das Internet wieder mit gleichaltrigen Neonazis wie Thomas Brehl in Kontakt kommt. »Schön, auch mal wieder persönlich von dir zu hören«, freut sich Brehl in einer persönlichen Nachricht über einen Brief Worchs. »Meine Festnetznummer ist seit zehn Jahren dieselbe, und ich verteidige sie mit Krallen und Klauen wegen der darin vorkommenden Ziffernfolge 88.« In den achtziger Jahren zählten Brehl und Worch zu den Stellvertretern Michael Kühnens, dem damals einflussreichsten Anführer der Rechtsextremen in Westdeutschland.

Für diejenigen, die sich für die Entwicklungen in der deutschen Neonaziszene interessieren, ist die Lektüre der veröffentlichten Daten also durchaus empfehlenswert. Genauso wie für alle, die wissen wollen, welche Neonazis wo tätig sind. Die Freude der Antifa, dass die »Nazi-Quatschbude« geschlossen ist, währte indes nur zwei Tage. Nicht nur, dass inzwischen ein Teil des Forums »Freier Widerstand« wieder im Internet zu erreichen ist, überdies gelang es offenbar Rechtsextremen in der vergangenen Woche, die Datenbank eines Online-Versandhandels der Antifa zu knacken und deren Kundendaten zu veröffentlichen.

geschrieben von karl hoffmann, geklaut aus der jungle world

| Ahmet B. versteht die Welt nicht mehr. |

Vor einigen Tagen ist er mit seiner in der Türkei geheirateten Frau bei der deutschen Botschaft in Ankara gewesen, um für sie ein Einreisevisum für Deutschland zu beantragen. Als er die Heiratsurkunde, weitere Unterlagen und seinen deutschen Pass vorlegt, wird der Botschaftsmitarbeiter plötzlich stutzig. Seinen schönen roten EU-Pass hat Herr B. nicht wiederbekommen, aber dafür eine Bescheinigung, dass er nicht mehr im Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit ist. Nun fragt er sich verzweifelt und empört zugleich, wie es denn sein kann, dass er, der in Berlin geboren und aufgewachsen ist und sich als 19-Jähriger gerade in einer Ausbildung zum Bankkaufmann befindet, kein Deutscher mehr ist.
So beschreibt das Bundesinnenministerium die Geschichte einer Ausbürgerung.
Natürlich verliert Ahmet B. seine „schöne Staatsangehörigkeit" gleich da, wo er ab nun laut BRD-Gesetzgebung wieder hingehört - in die Nicht-EU. Ein Novum in der deutschen Nachkriegsgeschichte. Eine in Vergessenheit geratene staatliche Maßnahme der Entrechtung. Der historische Kontext mag ein anderer sein, der Fokus liegt diesmal in der Prekarisierung von Menschen mit migrantischen Hintergrund. In Deutschland ist damit die entgarantierte Staatsbürgerschaft eingeführt worden: 2005 ist es zur ersten Ausbürgerungswelle in der Geschichte der BRD gekommen. Der Fakt, dass in diesem Jahr 100.000 StaatsbürgerInnen ausgebürgert wurden und damit alle ihre Staatsbürgerrechte verloren haben, zeigt, dass der Rechtsstatus aller in Almanya lebenden MigrantInnen - bei allen Unterschieden der diversen Aufenthaltstitel - unsicher bleibt. Die Betroffenen haben ihre Staatsbürgerrechte verloren und werden wieder auf Los gestellt: Ziehen Sie keinen Pass ein! Geben Sie alle ihre Bürgerrechte ab! Offensichtlich gab es aber ein weit verbreitetes Bedürfnis und Verlangen nach einem zweiten Pass, den sich Viele aneigneten. „Warum auch immer muss hier keine Rolle spielen. Diese Tatsache wurde in Almanya wahrgenommen, aber mit zweifelhaften Begründungen für bestimmte migrantische Gruppen stets und vehement abgelehnt. Ein Resultat der politischen Forderungen migrantischer Kämpfe war 1998 das Versprechen der neu gewählten rot-grünen Bundesregierung von einem neuen Staatsbürgerschaftsgesetz und der Legalisierung des Doppelpasses. Doch es kam anders. Mit dem neuen Staatsbürgerschaftsgesetz wurde nicht nur die Möglichkeit eines Doppelpasses für bestimmte Deutsche zurückgewiesen, er wurde verboten. Die Selbstaneignung eines zweiten Passes sollte laut Gesetz automatisch zum Verlust des deutschen Passes führen. Illegalisierung, so lernen wir, ist nach wie vor eines der wichtigsten Kontrollinstrumente des hiesigen Migrationsregimes. Illegal kann dann plötzlich jedeR werden? Hier zeigt sich, dass selbst der deutsche Pass keinen Schutz vor staatlicher Entrechtung darstellt. Das BMI benennt die Informationsbroschüre dementsprechend zynisch: „Plötzlich nicht mehr deutsch?". Diese spezielle Entrechtung geht hand in hand mit anti-islamischen Ressentiments, dem Gerede von Parallelgesellschaften, der steigenden Tolerierung von Abschiebungen, der Aufrechterhaltung der Residenzpflicht und des Duldungsstatus, der systematischen Abschiebung von so genannten Geduldeten etc. etc. Es gibt einen massiven Angriff auf die Lebensverhältnisse aller in Almanya lebenden MigrantInnen - mit oder ohne Papiere.
Der allgemein Tenor unterstützt die Ausbürgerung als disziplinarischen Akt und als einen Denkzettel für die zukünftige Integration:"Entscheide dich allein für Deutschland „und du darfst bleiben, vielleicht." Anstatt die Verletzungen der Anti-Diskrimi-

nierungsrichtlinien der EU zu unterlassen, bürgert Deutschland seit 2000 lieber seine Mitbürgerinnen und Mitbürger aus. Irgendwas hat Almanya wieder einmal falsch verstanden!
Um an die Daten der auszubürgernden Deutschen zu gelangen, wird parallel außen- wie innenpolitischer Druck aufgebaut. Zum einen drängt Innenminister Schily seinen türkischen Amtskollegen, die Einbürgerungsdaten herauszugeben und legt die potentielle EU-Mitgliedschaft in die Waagschale. Zum anderen wurden im April 2005 vor der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen Deutsche mit türkischem Hintergrund durch ein explizites Anschreiben, inklusive einer Strafandrohung aufgefordert, sich in der Passfrage zu offenbaren. „Im Zweifel für die Pass-Freiheit" scheint hier nicht zu gelten. Kurz vor der Wahl wird befürchtet, dass ein Teil der BürgerInnen von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen. Aber für wen könnte man in dieser Frage votieren?
Blick zurück: Die hessische CDU sammelte Unterschriften in einer rassistischen Kampagne gegen den Doppelpass, um Stimmen zu sammeln und Stimmung zu machen für die bevorstehende Landtagswahl 1999. Aus dieser speziellen Kampagne entfachte sich eine bundesweite Diskussion um Leitkültür und Integration. Am Tag nach der Wahl, aus der die CDU siegreich hervorging, wurde der Doppelpass für Kanaken aus dem Gesetzesentwurf gewischt. Ein voller Erfolg für die Demokratie der Mehrheitsgesellschaft.

| Stand-by-Deutsche:
Staatsbürgerrechte auf Abruf und ohne Gewähr |

Das Ergebnis dieses Ringens um politische Rechte und mononationaler Zugehörigkeit ist eine neue Art von Staatsbürgertum: Wir begrüßen die „Stand-By Deutschen"! Ihnen wird die deutsche Staatsbürgerschaft gewährt, jedoch nur unter Auflagen. So wächst beispielsweise eine Generation von stand-by-deutschen Kindern heran, welche sich bis zur Vollendung des 23. Lebensjahres entscheiden müssen, ob sie ihr Aufenthaltserlebnis in Almanya als Deutsche oder als „Ausländer" fortführen und gestalten wollen. Gleichzeitig müssen alle neuen Ex-Deutschen, neben der Beantragung einer Niederlassungserlaubnis und der Arbeitsgenehmigung, in ihrem Antrag auf Staatsbürgerschaft erneut beweisen, wie ernst sie es meinen: Sprachnachweis, Integrationspunkte, der ganze Schmu von vorn.
Es gibt im neuen Zuwanderungsbegrenzungsgesetz die Gnade der erleichterten Wiedererlangung von Aufenthaltstiteln für ausgebürgerte Ex-Deutsche, jedoch ist die Erleichterung prekär. Nun kann noch einmal geprüft werden: Haben Sie seit 2000 schon mal „Hass gepredigt"? „Terror unterstützt"? In irgendeiner unbequemen Weise eine politische oder kriminelle Karriere eingeschlagen? Sozialhilfe empfangen? Hartz IV genossen? Doch auch die übrigen müssen sich wieder in die Unannehmlichkeiten und Schikanen des Ausländerrechts begeben. Aufgezwungene Sprachkurse mit Sanktionszwang, Sozialhilfekürzung bis Aufenthaltsannullierung. Damit werden unsere Brüder und Schwestern, amcalarimiz ve teyzelerimiz gezwungen hunderte von Stunden Deutsch und Integration nachzuweisen „ in einem Land in dem sie bereits seit über 50 Jahren leben und arbeiten.
Das Staatsangehörigkeitsgesetz und das neue Zuwanderungsbegrenzungs-Gesetz berücksichtigen keine von den versprochenen Verbesserungen und der längst überfälligen rechtlichen Anerkennung Almanyas als Einwanderungsland. Sie stellen einen Remix des alten Ausländergesetzes dar und sind mitnichten ein „historischer Einschnitt", wie die BefürworterInnen behaupten. Es ist die neue Festschreibung des alten, des schlechten Zustands.
Gleichzeitig wird die Forderung nach Integration in die deutsche Gesellschaft immer lauter, härter und unnachgiebiger. Integration bedeutet vor allem Entkollektivierung von Rechten: Hierarchisierung, Assimilationszwang, Domestizierung und soziale Unterordnung der MigrantInnen. Sie war immer schon eine Reaktion auf ... und eine Drohung gegen Kämpfe der MigrantInnen um mehr Rechte. Politische und soziale Rechte werden nicht etwa selbstverständlich gewährt, sondern zu Privilegien stilisiert. Nur diejenigen, die unbeirrt und konsequent im Sinne der Maßgaben durch den Parcours der Integration hindurch gehen, sollen die Güte der deutschen Gesellschaft erfahren dürfen. Die Bestrebungen der MigrantInnen sich zu integrieren, können deshalb nur als Sisyphos-Tätigkeit bezeichnet werden. Ein never ending Loop des Â»Und ewig grüsst das Murmeltier" - Aber das ist nicht unser Song und nicht unser Film!
Alle Rechte für formale Gleichstellung oder die Gewährleistung des gleichberechtigten Zugangs zu sozialen, ökonomischen und politischen Ressourcen wurden bis heute nicht gewährt. Die Aneignung von vorenthaltenen Rechten ist aber eine „traditionelle grenzüberschreitende Spezialität" der migrantischen Communities. Wenn es nicht anders geht, dann eben klandestin! Das selbstermächtigte Zubereiten des zweiten Passes ist eine solche Variante.

Einbürgerung - automatisch und nur auf dem Silbertablett!

No Integration - Kampf um kollektive Rechte anstatt Privilegien!

kanak attak | 2005

Kein Fußbreit den Armen

Nicht das Elend der Flüchtlinge an der nordafrikanischen Küste gilt in Spanien als Hauptproblem, sondern die mangelnde Absicherung der Grenzen.

von thorsten mense, madrid

Mögen die von den Medien begleiteten Massenanstürme auf die spanischen Exklaven Ceuta und Melilla die Regierung in Madrid auch in Bedrängnis bringen und allen die Konsequenzen der europäischen Asylpolitik vor Augen führen, das Flüchtlingsdrama an den Außengrenzen Europas ist kein neues Phänomen. Seit Jahren schon sterben Tag für Tag Menschen bei dem Versuch, nach Europa zu gelangen.

Können ertrunkene Flüchtlinge noch als angebliche Unglücksfälle abgetan werden, muss sich die spanische Regierung nun den Bildern erschossener und totgeprügelter Menschen stellen.

Dennoch erkennen Spanien und ebenso der Rest der Europäischen Union das Hauptproblem nicht im Elend der Flüchtlinge, sondern in der unzureichenden Sicherung der EU-Außengrenze.

Entsprechend hören sich die Lösungsvorschläge an: Von einem Ausbau der Grenzanlagen ist die Rede oder davon, Soldaten zu entsenden. Zudem wird von afrikanischen Staaten, insbesondere von Marokko, gefordert, die Flüchtlingsströme zu stoppen.

In der vorigen Woche gab der spanische Außenminister Miguel Angel Moratinos bekannt, dass ein dritter Grenzzaun gebaut werden soll, der für mehr »Effizienz und Sicherheit« sorgen werde. Als weitere Maßnahme wurde das Asylrecht in Ceuta und Melilla faktisch außer Kraft gesetzt, als am Freitag die ersten 70 Flüchtlinge ohne eine Prüfung ihrer Fluchtgründe nach Marokko abgeschoben wurden. Die Kritik von Menschenrechtsorganisationen, die von einer eklatanten Missachtung der europäischen Menschenrechtskonvention und der Genfer Konvention zum Schutz von Flüchtlingen sprechen, verhallt ungehört.

Bei den sofortigen Abschiebungen beruft sich die stellvertretende spanische Ministerpräsidentin, María Teresa Fernández de la Vega, auf ein Abkommen mit Marokko, das vor 13 Jahren unterzeichnet, bislang jedoch nicht angewandt wurde. Demnach ist Marokko dazu verpflichtet, alle Flüchtlinge, die illegal über das nordafrikanische Land nach Spanien einreisen, wieder aufzunehmen, und zwar unabhängig davon, aus welchen Staaten die Leute stammen. Wie schon Deutschland mit der Änderung des Asylrechts im Jahr 1993 entledigt sich Spanien mit dieser Drittstaatenregelung jeglicher Verantwortung für die Flüchtlinge.

Da in Ceuta und Melilla keine Aufnahmeeinrichtungen existieren, werden die Flüchtlinge zuerst nach Málaga auf das spanische Festland ausgeflogen und von dort per Schiff in die marokkanische Hafenstadt Tanger gebracht. Was dann mit ihnen geschieht, interessiert Spanien nicht, die Frage ist in dem Abkommen auch nicht geklärt. Auf die Fragen, ob die sofortigen Abschiebungen die Einreisewelle stoppen würden oder ob die Flüchtlinge bis zum nächsten Einreiseversuch in Marokko blieben, antwortet der Bürgermeister von Melilla, Juan José Imbroda: »Das Wichtige ist, dass sie nicht in Spanien bleiben.«

Dabei sind Berichte von Flüchtlingen über Misshandlungen durch marokkanische Sicherheitskräfte an der Tagesordnung. »Wir haben Berichte von unseren Partnerorganisationen in Marokko sowie von den Einwanderern selbst über schwere Misshandlungen durch die marokkanische Polizei«, sagt José Miguel Morales, der Vorsitzende der Organisation »Andalucia acoge«. Er habe jedoch nicht das Gefühl, dass diese Hinweise von den spanischen Behörden ernst genommen würden.

Erst in der vorigen Woche erschossen marokkanische Grenzbeamte sechs Flüchtlinge. Angeblich sollen sie in Notwehr gehandelt haben, als sie einen vermeintlichen Angriff der Flüchtlinge auf einen Beobachtungsposten abwehren wollten. Die Organisation »Ärzte ohne Grenzen« berichtete von mehr als 500 Migranten, darunter Frauen und Kinder, die sie in der marokkanischen Wüste orientierungslos vorfand. Viele hätten Verletzungen durch Gummigeschosse und Knüppel aufgewiesen. Dem Bericht der Organisation zufolge wurden die Flüchtlinge, nachdem sie erfolglos versucht hatten, nach Melilla zu kommen, von der marokkanischen Polizei festgenommen und ohne Wasser und Lebensmittel im Grenzgebiet zu Algerien in der Sahara ausgesetzt.

Der spanische Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero will bald Gespräche über Rückführungsabkommen mit Ghana und Mali beginnen. Dennoch ist er einer der wenigen spanischen Politiker, die sich öffentlich über die Ursachen des Flüchtlingsdramas Gedanken machen. »Wir sollten mit Eile daran arbeiten, die Kluft im Reichtum zwischen Spanien und Marokko und den Ländern südlich von Marokko zu verringern«, sagte er in der vergangenen Woche. Spanien sei fünfmal so reich wie Marokko, dies sei weltweit einer der größten Wohlstandsunterschiede zwischen Nachbarländern. Daher forderte er von der EU eine verstärkte ökonomische Zusammenarbeit mit den Ländern Afrikas, um die Armut zu bekämpfen.

Die konservativen Bürgermeister von Ceuta und Melilla, Juan Jesús Vivas und Juan José Imbroda, warfen dem Ministerpräsidenten unterdessen vor, »absolut und total inkompetent« zu handeln.

Außenminister Moratinos sagte vergangene Woche vor der parlamentarischen Versammlung des Europarates in Strasbourg, die EU sei verpflichtet, Flüchtlingen in Not zu helfen. Zugleich müsse »sie sich aber vor Menschen schützen, die ihre Werte und Freiheiten zerstören wollen«. Um die restriktiven Maßnahmen bei der Abwehr der Flüchtlinge zu legitimieren, wird in bekannter Weise Angst erzeugt. Eine strengere EU-Politik gegen illegale Einwanderung sei nötig, »wenn wir nicht wollen, dass sie uns wie eine verheerende Welle überrollt«. Auch in spanischen Medien findet man kaum noch Berichte, in denen nicht von der »Flut«, dem »Ansturm der Armen« oder sogar dem »schwarzen Marsch« geredet wird.

Kein Wunder, dass die Rechte schon eine »Bedrohung der spanischen Nation« ausgemacht hat. Vor allem die Konservativen bezweifeln die Bereitschaft des Nachbarlandes zu einer Lösung und vermuten, dass Marokko die Krise dazu nutze, die verbliebenen kolonialen Städte Spaniens zurückzuerhalten. Das dachte offenbar auch der Bürgermeister von Melilla, als er die sozialistische Regierung Zapateros beschuldigte, die Staatsgrenzen nicht ausreichend zu schützen. Eine Initiative der konservativen Volkspartei fordert von der Regierung eine Erklärung, dass Ceuta und Melilla »zur spanischen Nation gehören«. Um diesen Anspruch zu bekräftigen, wollen sie dort das nächste Treffen des Ministerrates abhalten.

Angesichts dieser Ereignisse mutet folgende Meldung merkwürdig an: Vergangene Woche enthüllte der spanische Außenminister Moratinos gemeinsam mit dem Generalsekretär des Europarates, Terry Davis, eine Skulptur des Künstlers Mariano González, die den »Verteidigern der Menschenrechte« gewidmet ist. Wer mochte damit wohl gemeint sein?

Der Krieg an den Grenzen

Paramilitärische Flüchtlingsabwehr

von thomas uwer

Die Aufmerksamkeit, die dem Tod von sechs Flüchtlingen an der Grenze zur spanischen Exklave Melilla in Marokko zuteil wurde, muss auf den ersten Blick verwundern. Beinahe täglich sterben Menschen bei dem Versuch, die Europäische Union zu erreichen. Viele ertrinken, ob in der Ägäis oder der Oder, andere ersticken in Containern. Die meisten sterben den alltäglichen Tod in der Peripherie Europas und werden deshalb nicht wahrgenommen. Entlang der großen Flüchtlingsrouten finden sich kaum Länder, in denen einem Menschenleben besonderer Wert beigemessen wird, am wenigsten dem der Unerwünschten und Fremden ohne Schutzpatron. Der Weg unzähliger Iraker endete daher im Iran, Afghanen blieben in Weißrussland zurück, türkische Kurden in Albanien, und westafrikanische Flüchtlinge endeten im nordafrikanischen Maghreb.

Was die toten Flüchtlinge von Melilla von den anderen Unglücklichen unterscheidet, ist die sichtbare Gewalteinwirkung Europas, die zu ihrem Tod führte. Statt von Fluten verschlungen zu werden, endeten sie im Nato-Draht der Exklave. »Schüsse unbestimmter Herkunft« hätten »sich gelöst«, heißt es im Bericht der spanischen Polizei, was bedeutet: Man will es selbst nicht gewesen sein, kann es aber auch nicht auf die Marokkaner schieben.

Sicher, auch das hat es schon gegeben. Neu allerdings waren die Begleitumstände, unter denen dies geschah. Denn mit dem Flüchtlingsansturm auf Melilla und Ceuta sah sich ein Land der Europäischen Union erstmals, was die Abwehr von Flüchtlingen betrifft, mit der zutreffenden eigenen Grundannahme konfrontiert, dass an den Außengrenzen Europas Krieg herrscht. Seit Jahren rüstet die Union an den Grenzen paramilitärisch auf, setzt Hubschrauber, Nachtsichtgeräte, Bewegungsmelder und bewaffnete Grenztruppen ein, errichtet Schutzwälle und Verteidigungsanlagen. Was sich in den spanischen Exklaven nunmehr ereignete, ist nichts weiter als die logische Antwort darauf: Ein illegaler Grenzübertritt erfolgt am besten unbemerkt, in kleinen Gruppen oder alleine. Eine Verteidigungslinie hingegen stürmt man besser nicht alleine. Man rennt in Massen los und hofft, dass möglichst viele drüben ankommen.

Während sich die spanische Regierung also noch ärgert, dass ausgerechnet in ihren Abschnitt des Zauns Löcher gerissen wurden, haben die Innenminister der Union allen Grund zur Zufriedenheit. So wie man die »Schlepper« erst einmal zum Problem erklärt hatte, um dann den Zugang nach Europa so zu organisieren, dass Menschen ohne professionelle Schleuser nicht mehr reinkommen, so hat sich die längst vollzogene Militarisierung der Flüchtlingsabwehr in Ceuta und Melilla endlich scheinbar als Notwendigkeit erwiesen. Gegen 500 anstürmende Flüchtlinge, das ist die Botschaft, richten elektronische Passlesegeräte und ein deutscher Schäferhund, der Schmuggelware erschnüffelt, wenig aus. Als Konsequenz entsandte Spaniens Ministerpräsident Zapatero, vor kurzem noch gefeiert, weil er die spanischen Truppen aus dem Irak heimholte, erst einmal Soldaten in die Exklaven. Zu den ohnehin bestehenden Schutzzäunen wird eine zusätzliche Sperre aus einem »Drahtlabyrinth« mit Frühwarnsensoren und Videokameras errichtet. Was einzig fehlt, ist der planmäßige Einsatz der Mitrailleuse, jenes speziell für Massenanstürme entwickelten Geräts, das die moderne Armee erst als solche auszeichnet.

Dies widerspräche allerdings auch dem europäischen Konsens in Flüchtlings- und Menschenrechtsfragen: Gestorben wird gefälligst weiterhin woanders.

beide texte sind der jungle world vom 12.10.05 entnommen

Freiheit für Marco,Daniel + Carsten

Am 4. Oktober ist ein weiterer Prozesstag gegen Daniel im Justizzentrum in Halle a.d. Saale. Derzeit mobilisieren einige Gruppen und Personen zu diesem Prozesstag als auch zum weiteren Prozesstag am 1. November.
Eine Zusammenfassung der Ereignisse bisher & Infos zur Mobilisierung ANKLAGE NACH §129a IM JAHRE 2002 Daniel war zusammen mit Marco und Carsten nach §129a („Bildung einer terroristischen Vereinigung“) im Jahre 2002 angeklagt worden.
— weitere Infos/Archiv:http:www.soligruppe.de

MOBILISIERUNG ZUM PROZESS AM 4. OKTOBER 2005

Im Rahmen der Bleiberechtskampagne „Hier geblieben!“

Jetzt mobilisieren mehrere Zusammenhänge und Personen zum Prozess am 4. Oktober gegen Daniel in Halle an der Saale.
Flyer der Roten Hilfe e.V. OG Berlin:

FREIHEIT FÜR MARCO, DANIEL & CARSTEN!

Im Jahre 2002 wurden Marco, Daniel und Carsten nach §129a (‚Bildung einer terroristischen Vereinigung‘) angeklagt. Ihnen wurden u.a. Aktionen unter dem Pseudonym ‚Kommando Freilassung aller politischen Gefangenen‘ vorgeworfen. Marco wurde zu 2 112 Jahren verurteilt, Carsten freigesprochen. Gegen Daniel begann Anfang 2005 des Revisionsverfahren im Justizzentrum in Helle, in dessen Rahmen der Richter Braun rund 14 Angehörige und Freundinnen der Angeklagten mit Beugeheft bedrohte wenn sie auf des Aussageverweigerungsrecht beharren würden. Infolge dessen wurde der bereits verurteilte Marco und Carsten, der freigesprochen wer, in Beugeheft genommen. Prozessbeobachter gehen davon aus, dass des Verfahren absichtlich in die Länge gezogen wird, damit die Beugeheft voll bis auf 6 Monate ausgeschöpft werden kann. Mit einer Besetzung des Büros des Bundestagsabgeordneten Ströbele in Berlin haben UnterstützerInnen des Schweigen der Medien durchbrochen und machten auf einer Pressekonferenz darauf aufmerksam, dass mitunter mittels Polizeigewalt Prozessbesucher aus dem Gerichtsgebäude geschmissen werden, dass Anträge der Anwälte nicht zu den Akten genommen werden, und dass die Staatsanwaltschaft Belastungszeugen solange befragen darf, bis ihnen genehme belastende Aussagen entstehen. Während 2 der 3 Richter schon im Hauptverfahren vorsitzend waren, werden neutrale Gutechter nicht zugelassen.

BEUGEHAFT ABSCHAFFEN – KAMPF DEM §129a+b! FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN!

KOMMT ZUM PROZESS AM 4. OKT UND 1. NOV
Ort: Justizzentrum Halle,Thüringer Straße 16
9.30 Uhr, Saal X.11 & X.12, Halle a.d. Saale

Infos: www.soligruppe.de www.rote-hilfe.de www.rote-hilfe.de/berlin

WEITERE SOLIAKTIONEN:

SOLIDARITÄTSAUFRUF + KNASTKUNDGEBUNG

Derzeit kusiert ein SOLIDARITÄTSAUFRUF mit folgenden Forderungen:
Aufgrund des bisherigen Verlaufs des Revisionsprozesses fordern wir

* die Einhaltung der verfahrensrechtlichen Mindeststandards
* die Zulassung neutraler Gutachter und Beobachter
* die Unterbindung der staatsanwaltschaftlichen Beeinflussung von Zeugen
* die Abschaffung der Beugehaft und nicht zuletzt natürlich die Freiheit von Marco H., Carsten S. und Daniel W.!

Zahlreiche Organisationen von Ulla Jelpke über die WASG, DKP-Ortsgruppen, Rote Hilfe e.V., Antifa, schwul-lesbischen Vereinen und andere haben den Aufruf bereits unterzeichnet.
Der Solidaritätsaufruf auf Indymedia:
http://de.indymedia.org/2005/10/129349.shtml
Aufruf mit aktualisiertem Stand der UnterzeichnerInnen: http://www.gegeninformationsbuero.de
Des Weiteren wird es am 9. Oktober 2005 wieder eine Knastkundgebung vor der JVA Halle („Roter Ochse“) ab 15 Uhr geben.
Weitere Infos: http://www.soligruppe.de

WEG MIT DER BEUGEHAFT! WEG MIT §129, §129a+b! FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN WELTWEIT!

129a-Verfahren: dritter Magdeburger auf dem Weg nach Karlsruhe
http://de.indymedia.org//2003/04 49115.shtml
Die Anklage nach §129a mußte fallen gelassen werden.

REVISIONSPROZESS GEGEN DANIEL & BEUGEHAFT FÜR MARCO & CARSTEN 2005 – SOLIAKTIONEN DAGEGEN

Im Jahr 2005 begann der Revisionsprozess gegen Daniel infolge dessen ca. 14 FreundInnen und Angehörige vom Richter mit Beugehaft bedroht wurden, wenn sie von ihrem Aussageverweigerungsrecht gebrauch machen würden. Marco, der bereits zu 2 1/2 Jahren verurteilt wurde, und Carsten, der freigesprochen war, sind in Beugehaft genommen worden. Am 15. Oktober besetzte eine „UnterstützerInnengruppe für die Freiheit der politischen Gefangenen aus Magdeburg" das Büro des Bundestagsabgeordneten Ströbele (Grüne) in Berlin-Kreuzberg um das Schweigen der Medien zu durchbrechen und um auf die skandalösen Umstände des derzeit laufenden Prozesses aufmerksam zu machen. Bundesweit berichteten Medien darüber, daß den Richtern vorgeworfen wird, keinen rechtsstaatlichen Prozess zu führen, um den Prozess in die Länge zu ziehen, damit die Leute bis zu 6 Monate in Beugehaft bleiben und der Angeklagte keine Chance auf Verteidigung hat.

http://de.indymedia.org/2005/09/128221.shtml
www.rote-hilfe.de/index.htm?page=/top/buerobesetzung.html

Laut einem Interview mit dem Bundestagsabgeordneten Ströbele im Neuen Deutschland, indem er den nicht rechtsstaatlichen Verlauf des Prozesses kritisiert, will auch er sich vor Ort „Selbst ein Bild machen" vom Prozessverlauf am 4. Oktober: http://www.nd-online.de/artikel.asp?AID=78240&IDC=2&DB=O2P

Interview mit dem Angeklagten Daniel zum laufenden Prozess:
http://www.gegeninformationsbuero.de/frameset.html?/repression/md_soli2005_jungewelt.htm

Theaterstück

„Hier geblieben!"

des GRIPS Theaters Berlin

Im Rahmen der Kampagne Hier geblieben! Für ein Bleiberecht von Kindern, Jugendlichen und deren Familien haben Studenten des Studiengangs Szenisches Schreiben der UdK Berlin den authentischen Fall der Schülerin Tanja Ristic nachgezeichnet. Erzählt wird die Geschichte eines Mädchens, das im letzten Jahr aus dem Unterricht geholt und zu ihrer Familie in Abschiebehaft gebracht wurde. Dem Einsatz ihrer Klasse war es zu verdanken, daß die Abschiebung von Tanja und ihrer Mutter bis heute nicht vollzogen wurde. Die Klasse wurde dafür auch mit dem Mete-Eksi-Preis ausgezeichnet. Tanjas Geschichte steht exemplarisch für die Situation von 200.000 sogenannten „Geduldeten" Flüchtlingen in Deutschland.

www.hier.geblieben.net

Die Aufführungen sind Teil des gleichnamigen Aktionsprogramms für ein Bleiberecht von Kindern, Jugendlichen und deren Familien, sowie die vollständige Anerkennung der UNO Kinderrechte. „Hier Geblieben!" wurde aufgrund der andauernden Verstöße gegen Kinder- und Menschenrechte in der Bundesrepublik Deutschland von Pro Asyl, dem Flüchtlingsrat Berlin, der GEW und dem GRIPS Theater Anfang diesen Jahres gestartet.

BIG BROTHER AWARDS.de

Kategorie Lifetime

Der Big Brother Award 2005 in der Kategorie „Lifetime“ geht an

Bundesinnenminister (a.D.) Otto Schily (SPD).

Otto Schily erhielt in diesem Jahr mit Abstand die meisten Nominierungen - wie übrigens schon im Jahr 2001, als er für seine „Otto-Kataloge“ den „BigBrotherAward“ in der Kategorie „Politik“ verliehen bekam. In der Jury bestand große Einigkeit, dass Schily in diesem Jahr, zum mutmaßlichen Ende seiner politischen Karriere, der „Lifetime-Award“ für langjährige „Verdienste“ gebührt - wohlwissend, dass wir mit unserer Würdigung im Rahmen der Verleihung eines Negativpreises einer so schillernden Persönlichkeit wie Otto Schily und seiner gesamten Lebensleistung bei Weitem nicht gerecht werden können. Leider können wir hier und heute nur eine Auswahl aus der Fülle seiner beeindruckendsten Projekte und Initiativen würdigen.

Otto Schily erhält den BigBrother-Lifetime-Award 2005
-für die übereilte Einführung des biometrischen ePasses mit unausgereifter Technologie und ohne parlamentarische Legitimation,
-für seine „Verdienste“ um den Ausbau des deutschen und europäischen Überwachungssystems auf Kosten der Bürger- und Freiheitsrechte,
-für seine hartnäckigen Bemühungen um die Aushöhlung des Datenschutzes und der Informationellen Selbstbestimmung unter dem Deckmantel von Sicherheit und Terrorbekämpfung - Stichwort: „Antiterror“-Gesetze, auch „Otto-Kataloge“ genannt,
-für seine maßgebliche Mitwirkung am Großen Lauschangriff sowie
-für seine Angriffe auf die Unabhängigkeit des Bundesdatenschutzbeauftragten.

Zu den großen Obsessionen unseres Preisträgers gehört die digitale Erfassung von biometrischen Merkmalen in Ausweispapieren. Schon ab 1. November 2005, also in wenigen Tagen, wird in der Bundesrepublik als erstem EU-Land der Reisepass mit solchen Merkmalen ausgerüstet. Auf einem kontaktlos per Funk auslesbaren RFID-Mikrochip wird neben den Personalien zunächst ein digitalisiertes Gesichtsbild gespeichert, ab März 2007 kommen zwei digitale Fingerabdrücke hinzu. Die Speicherung weiterer Merkmale, etwa Irisscan oder genetischer Fingerabdruck, ist möglich. Der nächste Schritt wird die Einführung des biometrischen Personalausweises sein.

Unter souveräner Missachtung von Parlamenten und Datenschützern und ohne gesellschaftliche Debatte boxte Schily sein Lieblingsprojekt auf EU-Ebene durch - am Bundestag vorbei, ohne demokratische Legitimation. Statt das Parlament über die Folgen für Datenschutz und Bürgerrechte entscheiden zu lassen, forcierte er eine EU-Verordnung, die unmittelbare Gesetzeswirkung in allen EU-Ländern hat. So brachte es Schily fertig, das Pass-Gesetz (§ 4) zu umgehen, das zur Festlegung der biometrischen Daten ein neues, vom Bundestag zu beschließendes Gesetz fordert.

Nicht nur wir halten Schilys selbstherrlichen Akt für zutiefst undemokratisch. Als der Bundesdatenschutzbeauftragte Peter Schaar (Grüne) diese übereilte Einführung des ePasses durch die europäische Hintertür kritisierte und ein umfassendes sicherheitstechnisches Konzept zum Schutz der Daten forderte, bezichtigte ihn Otto Schily des Amtsmissbrauchs. Es liege nicht in Schaars Kompetenz, über Sinn und Zeitpunkt der Einführung biometrischer Merkmale zu befinden, wies ihn Schily via Deutschlandfunk zurecht und empfahl ihm gebieterisch „mehr Zurückhaltung“, auf dass er mit seinen Einwänden sein Amt nicht mehr missbrauche.

Mit diesem selbstgerechten Angriff auf die Unabhängigkeit des Datenschutzbeauftragten wollte der beratungsresistente Schily offenbar einen fachkundigen Kritiker in seinem eigenen Verantwortungsbereich zum Schweigen bringen. Doch es gehört zu den Pflichten eines Datenschutzbeauftragten, die betroffene Bevölkerung darauf aufmerksam zu machen, dass bis heute keine transparente Risikoanalyse existiert, um Missbrauch und Systemanfälligkeiten der Biometrie in Ausweisen überhaupt einschätzen zu können. Nach einer Studie des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) ist die neue Technologie weder praxistauglich

noch ausgereift. So ist die Gesichtserkennung stark fehlerbehaftet, allein schon, weil sich Gesichter im Laufe der Jahre erheblich verändern. Es steht zu befürchten, dass täglich Tausende Menschen an Flughäfen zurückgewiesen und in ihrer Reisefreiheit beschränkt werden, weil ihre digitalen Fotos oder Fingerabdrücke von der Software nicht akzeptiert werden oder einem Vergleich mit dem leibhaftigen Original nicht Stand halten. Solche Personen kommen in Rechtfertigungszwang, schlimmstenfalls geraten sie in einen bösen Verdacht. Schily nimmt das wissentlich in Kauf.

Elektronische Ausweise sind zudem missbrauchsanfällig: Die biometrischen Daten können an allen Kontrollstellen im In- und Ausland ausgelesen und in Datenbanken gespeichert werden - ohne dass die Betroffenen wissen, wer auf die sensiblen Daten Zugriff hat und was anschließend mit ihnen passiert. Selbst das kontaktlose und daher unbemerkte Auslesen der RFID-Chips per Funk ist nicht wirklich auszuschließen, so dass nicht nur Grenzkontrollstellen, sondern auch unbefugte Dritte Bewegungsprofile von arglosen Passinhabern anfertigen könnten.

Zwar konnten die Grünen im Bundestag Schilys ursprünglichen Plan, alle biometrischen Daten in einer Zentraldatei zu speichern, bislang noch verhindern. Doch auch dezentrale Speicherungen würden Risiken bergen: Mit geringem Mehraufwand könnten biometrische Passdaten aus dezentralen Dateien automatisch mit Fahndungsdateien und Fingerabdrücken von Straftätern und Verdächtigen abgeglichen werden, aber auch mit Fingerabdrücken, die an Tatorten gefunden werden. Und die digitalisierten Gesichtsbilder könnten etwa mit Video-Aufnahmen aus dem öffentlichen Raum abgeglichen werden, um eine verdächtige oder gesuchte Person herauszufiltern. Ein großer Schritt zum Generalverdacht gegen alle Bürgerinnen und Bürger dieses Landes - oder gleich ganz Europas, denn auf EU-Ebene gibt es bereits Pläne für eine biometrische Zentraldatei.

Im Zusammenhang mit elektronischen Ausweispapieren wird eine milliardenteure Überwachungsinfrastruktur mit hohem Missbrauchspotential aufgebaut. Für die Bürger steigen die Kosten eines Reisepasses um mehr als das Doppelte von 26 auf 59 Euro - wie hoch die staatlichen Subventionen pro ePass liegen, wagen wir nicht zu schätzen. Doch der riesige Kostenaufwand steht in keinem vernünftigen Verhältnis zum angeblichen Sicherheitsgewinn. Denn auch der ePass mit seinen biometrischen Merkmalen kann manipuliert werden. Im übrigen gelten die bisherigen bundesdeutschen Ausweispapiere schon jetzt als die fälschungssichersten der Welt. Gleichwohl verkaufte Otto Schily sein biometrisches Projekt als großen Fortschritt für die Sicherheit und als wichtigen Baustein im Kampf gegen organisierte Kriminalität und internationalen Terrorismus. Mit dieser Behauptung nährt Schily allenfalls eine riskante Sicherheitsillusion, denn der ePass führt keineswegs automatisch zu mehr Sicherheit. Weder die Selbstmord-Anschläge in New York, noch diejenigen von Madrid oder London hätten mit der neuen Technologie verhindert werden können. Schließlich gibt es kein biometrisches Merkmal, das signalisiert: „Dieser Pass gehört einem potentiellen Terroristen - bitte vor jedem Anschlagsversuch kontrollieren."

Otto Schily nötigte uns den ePass nicht nur als vermeintliches Sicherheitsinstrument auf, sondern auch als Innovationsprojekt zur Sicherung nationaler Standortvorteile: Die rasche Einführung der biometrischen Verfahren vor allen anderen EU-Staaten liege im ureigenen deutschen Interesse. Damit „bringen wir den Beweis", so Schily in einer Rede am 2. Juni 2005, „wie rasch sich deutsche Firmen auf die neue Sicherheitstechnik und auf den zukunftsorientierten Wachstumsmarkt der Biometrie eingestellt haben". Deutschland nehme so in Sachen Sicherheit eine Führungsrolle in der EU ein. Wir sehen darin allerdings eine verdeckte Wirtschaftsförderung, etwa zugunsten der Bundesdruckerei GmbH und der Chiphersteller Philips und Infineon, aber auch vorauseilenden Gehorsam gegenüber den USA, die in Sachen Biometrie auf die europäischen Regierungen massiven Druck ausgeübt hatten.

Die biometrisch-digitale Erfassung der gesamten Bevölkerung ist nicht nur ein unverhältnismäßiger Eingriff in die informationelle Selbstbestimmung, sondern auch eine Misstrauenserklärung an die Bevölkerung. Sie muss sich behandeln lassen, wie bislang nur Tatverdächtige oder Kriminelle im Zuge einer Erkennungsdienstlichen Behandlung. Mit Schilys biometrischer Obsession werden Menschen im Namen vermeintlicher Sicherheit zu bloßen Objekten staatlicher Macht degradiert - ohne dass dies auch nur durch „Gefahrennähe" des Einzelnen gerechtfertigt wäre. Otto Schily kontert mit dem zynischen Argument, dass „die Würde des Fingers" auch nicht größer sei als die des Gesichts (lt. SZ 24.8.04). Im übrigen beruft er sich gerne auf spanische Ausweise, die bereits nicht-digitalisierte Fingerabdrücke enthalten. Allerdings verschweigt er, dass es sich dabei um ein Relikt aus faschistischen Franco-Zeiten handelt. Und er verschweigt, dass damit weder Anschläge der baskischen ETA noch die Anschläge von Madrid verhindert werden konnten.

Demnächst wird hierzulande selbst den hartnäckigsten Sicherheitsfanatikern das Lachen vergehen, denn ein solches wird auf den neuen Digitalfotos verboten sein - offene Münder oder blitzende Zähne könnten nämlich die Hightech-Lesegeräte irritieren. Lediglich ein leichtes Grinsen mit geschlossenen Lippen und bei ansonsten neutralem

Gesichtsausdruck wird noch statthaft sein. Beim elektronischen Gesichtsabgleich werden wohl Vollbärte, dicke Brillen, aufgespritzte Lippen oder Nasenoperationen genauso zum Sicherheitsproblem, wie das unver-meidliche Älterwerden und deutlicher werdende Falten im Gesicht. — Mit dem „Big Brother-Lifetime-Award“ würdigen wir die Wandlung des anthroposophisch geprägten Preisträgers Otto Schily vom linksliberalen Anwalt über den realogrünen Oppositionspolitiker zum staatsautoritären SPD-Polizeiminister - eine Metamorphose, die viele Menschen nur schwer nachvollziehen können. Vor vielen, vielen Jahren stand sein Name als herausragender Strafverteidiger der außerparlamentarischen Linken und besonders im Stammheimer RAF-Prozess für den Kampf gegen Deformationen des Rechtsstaates, die dieser damals im Zuge der Terrorismusbekämpfung erleiden musste. Es war jene Zeit, in der Schily noch die mahnenden Worte einer Erklärung der „Humanistischen Union“ unterschrieben hatte: „Man bekämpft die Feinde des demokratischen Rechtsstaats nicht mit dessen Abbau, und man verteidigt die Freiheit nicht mit deren Einschränkung“ (1978).

So ändern sich die Zeiten - dennoch will Schily von biografischen Brüchen nichts wissen: Vom „Terroristenprozess“ in Stammheim bis zu seinen „Antiterror“-Gesetzen - kontinuierlich wähnte er sich im Einsatz für den Rechtsstaat, wenn auch in unterschiedlichen Rollen. Doch Schily hat nicht nur die Rollen, sondern die Seiten gewechselt - und zwar kompromisslos: Aus dem eloquenten Strafverteidiger, der im Interesse seiner Mandanten rechtsstaatliche Prinzipien gegen staatsautoritäre Übergriffe verteidigte, wurde spätestens in seiner Funktion als Bundesinnenminister ein autoritärer Staats-Anwalt, der die Macht des Staates zu Lasten der individuellen Freiheitsrechte ausgebaut hat. Schily machte den Staat zu seinem Mandanten, für dessen Autorität und Stärke er sich auf geradezu fundamentalistische Weise eingesetzt hat. Schon länger hält er die Angst vor dem Leviathan, also vor einer entfesselten Staatsmacht, für ein Problem von vorgestern. Der Einzelne müsse heute nicht mehr vor dem Staat geschützt werden, nur noch vor Kriminalität und Terror. Jedes Misstrauen gegen staatliche Maßnahmen ist im Schily-Staat demnach unangebracht, ja verwerflich, zumindest verdächtig.

Schon als Oppositionspolitiker hatte der von den Grünen zur SPD konvertierte Schily die spätere rot-grüne Koalition mit schweren Hypotheken belastet - so mit dem Großen Lauschangriff. Schily, der in Stammheim selbst Opfer von Lauschangriffen geworden war, hatte an der dafür nötigen Verfassungsänderung, die ohne die SPD nicht zustande gekommen wäre, maßgeblich mitgewirkt - und damit an der Aushöhlung des Grundrechts auf Unverletzlichkeit der Wohnung. Jahre später hat das Bundesverfassungsgericht dieses Machwerk für weitgehend verfassungswidrig erklärt. Verfassungswidrige Betätigung - strenggenommen ein Fall für den „Verfassungsschutz“, im Fall Schily offenbar eine höchst paradoxe Empfehlung für den Posten des Innenministers, der schließlich auch als Verfassungs(schutz)minister fungiert.

Als Geburtshelfer des Großen Lauschangriffs hatte Schily ursprünglich sogar für eine noch weit schärfere Fassung gefochten: Wäre es nach ihm gegangen, wären elektronische Wanzen auch gegen Berufsgeheimnisträger wie Journalisten oder Ärzte einsetzbar gewesen. Seit jener Zeit sind zumindest erhebliche Zweifel an seiner Verfassungstreue angebracht, zumal er zuvor schon die faktische Abschaffung des Asylgrundrechts betrieben hatte. Man muss sich seitdem fragen: Ist Schily bereit, jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung einzutreten, wie es von jedem Beamten gefordert wird, oder neigt er dazu, diese vermehrt zugunsten der Staatsräson und zu Lasten der Bürgerrechte einzuschränken?

Unser Preisträger hat mit seiner Law-and-order-Politik einen gehörigen Beitrag dazu geleistet, dass bürgerrechtliche Grundwerte in der herrschenden Sicherheitspolitik mehr und mehr verdrängt worden sind - ganz besonders nach den Terroranschlägen vom 11.9.2001 in den USA. Damals verkündete Schily als Bundesinnenminister, die rot-grüne Koalition werde „alle polizeilichen und militärischen Mittel aufbieten, über die die freiheitlich-demokratische Staatsordnung, die wehrhafte Demokratie verfügt“. Mit dieser martialischen Androhung trat Schily einen fatalen Gesetzesaktionismus los, bediente den krankhaften Sicherheits-Wahn so mancher Bürger, und nutzte ihn zur Legitimierung langgehegter Nachrüstungspläne, ließ sie aus den Schubladen der Macht kramen, zu voluminösen „Otto-Katalogen“ schnüren und mit Antiterror-Etiketten bekleben. Anstatt der Bevölkerung die Wahrheit über Unsicherheitsfaktoren in einer Risikogesellschaft zuzumuten und deutlich zu machen, dass absolute Sicherheit leider nicht und nirgendwo zu erreichen ist, machen Schily und andere Regierungspolitiker mit symbolischer Politik bis heute unhaltbare Sicherheitsversprechen.

Mit den sog. Antiterror-Gesetzen, für die Otto Schily wie kein anderer steht, haben Polizei und Geheimdienste erweiterte Aufgaben und Befugnisse erhalten. Damit wurde die ohnehin hohe Kontrolldichte in Staat und Gesellschaft noch weiter erhöht. Vermehrt können Beschäftigte in sog. lebens- oder verteidigungswichtigen Einrichtungen geheimdienstlichen Sicherheitsüberprüfungen unterzogen werden - mitunter auch ihre Lebenspartner und ihr soziales Umfeld. Betroffen sind Einrichtungen und sicherheitsempfindliche Stellen, so heißt es im Gesetz wörtlich, „die für das Funktionieren des Gemeinwesens unverzichtbar sind und deren Beeinträchtigung erhebliche Unruhe in großen Teilen der Bevölkerung entstehen lassen würde“. Gemeint sind Einrichtungen, die der Versorgung der Bevölkerung dienen, wie Energie-Unternehmen, Krankenhäuser, Chemie-Anlagen, Bahn, Post, Banken, Telekommunikationsbetriebe, aber auch Rundfunk- und Fernsehanstalten können betroffen sein.

Migrantinnen und Migranten, unter ihnen besonders Muslime, werden praktisch per Gesetz unter Generalverdacht gestellt, zu gesteigerten Sicherheitsrisiken erklärt und einem rigiden Überwachungssystem unterworfen - denken wir nur an die biometrische Erfassung von Fingerabdrücken und Stimmprofilen, an geheimdienstliche Regelanfragen, an erleichterte Auslieferungen und Abschiebungen. Ohne wirklichen Nachweis, dass von ihnen mehr Terror ausgehe als von Deutschen, werden Migranten oft - unter Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes - einer entwürdigenden Sonderbehandlung unterzogen, die für viele existentielle Folgen haben kann.

Die „Antiterror“-Gesetze bewirken eine verhängnisvolle Lockerung des Daten-

schutzes, ganz im Sinne Otto Schilys, der den Datenschutz ohnehin für „übertrieben“ hielt - gerade so, als könnten selbstmörderische Terroranschläge mit weniger Datenschutz und mehr Eingriffen in die Privatsphäre der Bürger verhindert werden. Doch die meisten Gesetzesverschärfungen taugen nur wenig zur Bekämpfung eines religiösaufgeladenen, selbstmörderischen Terrors; sie schaffen kaum mehr Sicherheit, gefährden aber die Freiheitsrechte um so mehr. Etliche der Antiterror-Maßnahmen sind unverhältnismäßig, ja maßlos - sie zeigen Merkmale eines nicht erklärten Ausnahmezustands und eines autoritären Präventionsstaates, in dem letztlich Rechtssicherheit und Vertrauen verloren gehen. Die Unschuldsvermutung, eine der wichtigsten rechtsstaatlichen Errungenschaften, verliert in dieser Sicherheitskonzeption ihre machtbegrenzende Funktion. Der Mensch wird zum potentiellen Sicherheitsrisiko, der seine Harmlosigkeit und Unschuld nachweisen muss - während Otto Schily die vermeintliche Sicherheit zum Supergrundrecht erklärt, das die wirklichen Grundrechte der Bürger - als Abwehrrechte gegen Eingriffe des Staates - in den Schatten stellt.

In seinem missionarischen Eifer als Staatsschützer schreckte der Preisträger selbst vor extremistischen Forderungen aus dem Arsenal von Diktaturen nicht zurück: So würde er allzu gerne „gefährliche“ Personen ohne konkreten Verdacht in präventive Sicherungshaft nehmen lassen. Otto Schilys zuweilen obrigkeitsstaatliche Interpretation des Rechtsstaats zeigt sich auch in seinen folgenden Staatschutzprojekten: Er hat mit einem gemeinsamen Antiterror-Lagezentrum und mit dem Plan einer zentralen „Islamistendatei“ Grundsteine für einen Datenverbund aller Geheimdienste und des Bundeskriminalamts gelegt. Eine noch engere Vernetzung würde die Aufhebung des verfassungsmäßigen Gebots der Trennung von Polizei und Geheimdiensten bedeuten - immerhin eine Konsequenz aus den bitteren Erfahrungen mit der Gestapo im Nationalsozialismus. Damit nimmt Schily eine Machtkonzentration in Kauf, die kaum noch wirksam kontrollierbar sein wird.

Schily hat sich mit Vehemenz dafür eingesetzt, dass alle Telekommunikationskontakte - ob per Telefon, SMS, Email oder Internet - zur Terror- und Kriminalitätsbekämpfung deutschland- und europaweit für mindestens zwölf Monate auf Vorrat gespeichert werden. Also: Wer hat mit wem, wann, wie oft und wie lange von wo nach wo fernmündlich oder schriftlich kommuniziert, welche SMS- oder Internet-Verbindungen genutzt, welche Suchmaschinen mit welchen Begriffen benutzt, welche web-sites besucht und mit welchen Email-Empfängern kommuniziert? Mit dieser beispiellosen Vorratsdatensammlung ließe sich das Kommunikations- und Konsumverhalten einzelner Telekommunikationsnutzer heimlich ablesen - Verhaltens- und Kontaktprofile inklusive.

Auch die Pressefreiheit ist vor Otto Schily keineswegs sicher: So rechtfertigt er undifferenziert und hartnäckig die höchst umstrittene Durchsuchung der Redaktionsräume des Monatsmagazins „Cicero“ und der Privatwohnung eines Journalisten durch das Bundeskriminalamt (BKA), zu der Schily die Ermächtigung erteilt hatte. Der Journalist hatte zulässigerweise aus einem geheimen BKA-Papier zitiert. Weil die undichte Stelle im BKA, also der Lieferant des Geheimdossiers, nicht zu finden war, wurde gegen den Journalisten wegen „Beihilfe zum Geheimnisverrat“ ermittelt - stundenlange Razzien und kistenweise Beschlagnahme von Recherchematerial inklusive. Das gesuchte Dokument wurde nicht gefunden, dafür „Zufallsfunde“ zuhauf, die mit dem Durchsuchungsanlass nicht das Geringste zu tun haben, aber zu weiteren Ermittlungsverfahren führten. Mit dieser Verdächtigung, als Journalist am Verrat von Dienstgeheimnissen selbst beteiligt gewesen zu sein, lassen sich Informantenschutz und Zeugnisverweigerungsrecht praktisch aushebeln - und damit das hohe Gut der Pressefreiheit. Solche Praktiken können letztlich dazu führen, kritische Journalisten einzuschüchtern und von investigativen Recherchen abzuhalten.

So sehen die fatalen Folgen aus, wenn man, wie der Preisträger, die Sicherheit zum Grundrecht kürt, wenn man die Staatsräson zum Verfassungsgrundsatz erhebt, die alles andere dominiert: Dann herrscht partielle Willkür, dann werden Bürgerrechte zur Makulatur. Angesichts überzogener Antiterrormaßnahmen und einer eskalierenden Sicherheitsdebatte warnte der frühere Datenschutzbeauftragte und Vorsitzende des Nationalen Ethikrates, Spiros Simitis, eindringlich: „Jetzt ist der Punkt erreicht, wo wir am Grundbestand unserer verfassungsrechtlichen Vorgaben angelangt sind - der Übergang in eine totalitäre Gesellschaft ist fließend“. Und der Soziologe Ulrich Beck sieht mit der „Risikogesellschaft“, in der wir leben, ohnehin eine „Tendenz zu einem ‚legitimen’ Totalitarismus der Gefahrenabwehr“ verbunden: Ausgestattet mit „dem Recht, das Schlimmste zu verhindern“, schaffe sie in „nur allzu bekannter Manier das andere Noch-Schlimmere“. Anstatt dieser fatalen Tendenz wirksam entgegenzutreten, betätigte sich Otto Schily als ihr missionarischer Vollstrecker. Selbst sein Ministerkollege Wolfgang Clement fand deutliche Worte für Otto Schilys freiheitsbegrenzendes Wirken, als er seine Zeit nach dem Ausstieg aus der Bundesregierung so skizzierte: „Ich bin ein freier Mensch und werde jetzt von meinen Freiheitsrechten Gebrauch machen - und zwar ausgiebig -, natürlich nur in dem Rahmen, den Otto Schily mir noch zur Verfügung stellt...“ (WDR 10.10.2005).

BIG BROTHER AWARDS.de

Herzlichen Glückwunsch zum „BigBrother-Lifetime-Award“, Herr Schily.

BIG BROTHER AWARDS.de
Kategorie Wirtschaft

Den Big Brother Award 2005 in der Kategorie „Wirtschaft“ erhält die

Saatgut-Treuhand Verwaltungs GmbH, Bonn vertreten durch ihren Geschäftsführer Dirk Otten.

Bauern erhalten Post von Rechtsanwälten, Felder werden kontrolliert, die Kundendaten bei Genossenschaften ermittelt, über 2.500 Bauern, die die Auskunft verweigern, wurden bereits verklagt. Zusätzlich sind verdeckte Testkäufer der Saatgut-Treuhand unterwegs, kaufen auf Bauernhöfen Kartoffeln und stellen damit Beweismaterial sicher, um Täter zu überführen.

Was geht hier vor? Welcher Straftat werden die Bauern bezichtigt: Gefährliche Giftcocktails gespritzt? Das Grundwasser mit Gülle verunreinigt? Heimlich gentechnisch veränderte Pflanzen angebaut?
Nein - viel schlimmer - diese Bauern werden verdächtigt, Feldfrüchte aus eigenem Anbau aufzubewahren und für die Aussaat im nächsten Jahr zu verwenden - also ihre eigene Ernte auszusäen.
Wir stutzen: Genau das tun Bauern schon seit Jahrtausenden - die eigene Ernte wieder aussäen. Wo liegt das Problem? Nun, seit den 90er Jahren gibt es eine internationale Vereinbarung (die Neufassung der sogenannten UPOV-Konvention1), die erst ins EU-Recht und schließlich auch ins deutsche Recht eingegangen ist und die besagt: Für Saatgut muss eine Lizenzgebühr an die Saatgutfirma, die die Sorte angemeldet hat, bezahlt werden. Und zwar nicht nur einmal, wenn das Saatgut gekauft wird, sondern (seit der Änderung des deutschen Sortenschutzgesetzes von 1997) jedes Jahr wieder, auch wenn das Saatgut die eigene Ernte ist. Das sind die sogenannten Nachbaugebühren. Und um diese von den Landwirten einzutreiben, wurde die Saatgut-Treuhand aktiv.
Eine beim deutschen Bundessortenamt angemeldete Sorte erhält Sortenschutz - bei Getreide 25 Jahre und bei Kartoffeln 30 Jahre. Damit erhalten die Züchter der Sorte das Recht, innerhalb dieser Zeit Lizenzgebühren beim Verkauf von Saatgut dieser Sorte zu erheben.

Exkurs: Linda - eine Kartoffelsorte wird „illegal“

Welch absurde Blüten das Geschäft mit den Lizenz- und Nachbaugebühren treibt, wird an der Geschichte von „Linda“ deutlich. Die Kartoffelsorte Linda war auf bestem Wege, ihren dreißigsten Geburtstag zu erreichen - und damit lizenzfrei zu werden. Die Saatzuchtfirma Böhm / Europlant fand das keinen Grund zum Feiern, sondern zog kurzerhand zum 31. Dezember 2004 die Zulassung von „Linda“ von der Bundessortenliste zurück. Das bedeutet, Linda darf nicht mehr als Pflanzkartoffel angebaut und vermehrt werden. Die Logik ist klar: Landwirte sollen gefälligst neue Sorten anbauen, an denen sich Lizenzgebühren verdienen lassen. Doch Lindas Beliebtheit, speziell im Norden Deutschlands, wurde von der Saatgutfirma unterschätzt: Ein Proteststurm von Verbrauchern brach los, rebellische Bauern bauten weiter Linda an, das Bundessortenamt verlängerte die Auslauffrist für Linda bis 2007 und ein engagierter Bauer bemüht sich um die Wiederanmeldung der Sorte.
Und auch allgemein wächst der Widerstand der Bauern, z.B. gegen die Nachbaugebühren. 16.000 Bauern verweigern mittlerweile die Auskunft an die Saatgut-Treuhand. Dabei geht es nicht darum, die Züchter um ein Honorar für ihre Leistung zu prellen. Die „IG Nachbau“, gegründet von Bauern in der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL e.V.), hat ein alternatives Konzept für einen Saatgutfonds entwickelt, in den Bauern, Verbände, Züchter und der Staat einen Beitrag einzahlen. Aus diesem Fonds würden die Züchter bezahlt; Mitbestimmung würde helfen, die Vielfalt der Pflanzensorten zu erhalten, vom alleinigen Zuchtziel „Ertragssteigerung“ Abstand zu nehmen und die Vielfalt der Pflanzensorten zu erhalten.

Was tut die Saatgut-Treuhand?

Die Saatgut-Treuhand schreibt Briefe und will detailliert wissen, was wo angebaut wird. Mehr als 2.500 Bauern, die keine Auskunft geben, wurden bereits verklagt, und zwar durch alle Instanzen. Doch die Bauern halten dagegen - mit Erfolg: der Europäische Gerichtshof hat im Frühjahr 2003 entschieden, dass es keine allgemeine Auskunftspflicht der Bauern gegenüber der Saatgut-Treuhand gibt. Im Herbst 2004 wurde auch die allgemeine Auskunftspflicht der Saatgutaufbereiter vom EuGH verneint. Ebenso urteilte der Bundesgerichtshof: Saatgutfirmen müssen Anhaltspunkte haben, dass ein Bauer über Saatgut der von ihr geschützten Sorte verfügt und damit Nachbau betreiben könnte, bevor sie Auskunft verlangen können. Ein Anhaltspunkt kann nach dem EuGH der Erwerb einer geschützten Sorte sein.
Doch die Saatgut-Treuhand fordert nach wie vor Auskunft (auch wenn sie mittlerweile formlose Meldungen akzep-

tiert), lässt auskunftsunwillige Bauern von Rechtsanwaltskanzleien mit Drohbriefen traktieren, zusätzlich schickt die Saatgut-Treuhand verdeckte Testkäufer auf Höfe, die gegen Quittung ein paar Zentner Kartoffeln kaufen und ganz nebenbei fragen, ob sich die Kartoffeln auch zu Pflanzzwecken eignen - wer da nicht unter Zeugen entschieden verneint, wird von der Saatgut-Treuhand verklagt.

Warum gibt es dafür einen BigBrotherAward?

Dafür gibt es zwei Gründe. Der erste: Woher die Saatgut Treuhand die Adressen der Bauern hat, bleibt ihr Geheimnis. Nach eigenen Angaben hat sie dafür Telefon-CDs nach Berufsbezeichnungen oder Angaben wie „Hof Soundso“ durchsucht. Jedoch erhielten auch Bauern von der Saatgut Treuhand Post, die keine solche Angaben im Telefonbuch haben. In dem Jahrbuch „Kritischer Agrarbericht“ wurde die Vermutung geäußert, dass der Deutsche Bauernverband der Saatgut Treuhand sein Mitgliederverzeichnis zur Verfügung gestellt habe. Sicher ist, dass Raiffeisen-Genossenschaften wie die BayWa in Süddeutschland nicht nur ihre Kundenadressen, sondern gleich auch Belege über deren kompletten Einkauf an die Saatgut-Treuhand weitergegeben haben.

Der zweite Grund: Hier wird eine neue zentrale Datensammlung angelegt, mit detaillierten Angaben wo, was, von wem, auf welcher Fläche, wie viel etc. angebaut wird. Die Saatgut Treuhand ist dabei keine neutrale Clearingstelle, sondern sie ist im Auftrag der Saatgutindustrie tätig - sie ist nicht zufällig auch im selben Gebäude wie der BDP (Bundesverband deutscher Pflanzenzüchter) und der ESA (European Seed Association) in Bonn angesiedelt.

Diese Informationen über Flächennutzung gelangen so in die Hände der Saatgutkonzerne, die ein großes kommerzielles Interesse am „gläsernen Landwirt“ haben. Wer über die Anbauplanung von Bauern Bescheid weiß, kann durch gezielte Rabatte hier und Preiserhöhungen dort steuern, was hierzulande in Zukunft angebaut - und gegessen - wird. Die Erhebung von Nachbaugebühren ist dabei ein wichtiger Mosaikstein, um an die Daten zu kommen. Wissen ist Macht.

Die Saatgutindustrie konzentriert sich immer mehr, Chemiekonzerne kaufen sich ein - die Global Player Novartis, Bayer und Monsanto möchten gerne Saatgut, Pestizide und Dünger im Kombipack verkaufen. Ihr erklärtes Ziel ist, die gesamte „Nahrungskette“ zu kontrollieren, vom Saatgut über Ernte und Verarbeitung zu normierten Nahrungsmitteln bis hin zum Teller der Verbraucher.

Das obrigkeitshörige Deutschland wurde ausgewählt, um die Durchsetzbarkeit von Nachbaugebühren in Europa zu testen - andere Länder schauen gespannt auf die Entwicklung hierzulande. In Entwicklungsländern werden über 90% der Felder mit selbst gezogenem Saatgut bestellt. Hier tut sich ein gigantischer Markt auf, wenn die Industrie schafft, all diese Bauern nach und nach dazu zu bringen, jedes Jahr Saatgut neu einzukaufen.

Doch wem gehört die Natur? Pflanzensorten sind Kulturgut. Sie sind von Bauern durch ständige Selektion und Anpassung an die regionalen Gegebenheiten über die Jahrtausende gezüchtet worden. Nun werden Nutzpflanzen nach geringen Änderungen von Firmen unter Sortenschutz gestellt oder patentiert, die damit ein Monopol auf deren Anbau erwerben.

Diese Entwicklung passt in einen Trend zur Privatisierung einer Vielzahl von Dingen, die vormals Allgemeingut waren. Auf die Privatisierung und Kommerzialisierung von Gütern, die vorher frei waren, wie z.B. Wissen oder Pflanzensorten, folgt stets die Einrichtung von Kontrollinstanzen und Überwachungsmaßnahmen, um Lizenzgebühren einzutreiben. Der Daten- und Vermarktungshunger wächst ständig.

Doch die Saatgut-Treuhand wird möglicherweise in einigen Jahren überflüssig - denn für ihre Arbeit ist eine technologische Lösung in Sicht: Das sogenannte „Terminator-Gen“ macht die Samen der Pflanze unfruchtbar und zwingt Landwirte dazu, jedes Jahr neues Saatgut einzukaufen. Das Terminator-Gen ist sozusagen der Kopierschutz der Saatgutindustrie. Doch so dumm werden weder Bauern noch Verbraucher sein, solche Kartoffeln zu wollen - und seien sie noch so dick.

BIG BROTHER AWARDS.de

Liebe Saatgut-Treuhand, herzlichen Glückwunsch zum Big Brother Award!

Die Wiederkehr der »Klasse«

Deklassierung und Migration

Obschon festzustellen ist, dass sich in allen westlichen Industrieländern der Trend zu einer immer egalitäreren Einkommensverteilung seit den achtziger Jahren auffallend umgekehrt hat, empfinden immer noch viele das Sprechen über Klassenunterschiede als »unappetitlich« oder schlicht und ergreifend obsolet (vgl. kritisch hierzu Skeggs 2004). Lange Zeit kamen aus vielfältigen Gründen im politischen Diskurs der Bundesrepublik Begriffe wie »Unterschicht« gar nicht vor. Vielmehr schienen sie, im Kontext eines erstarkenden Neoliberalismus, aus der politischen Theorie des Westens ver-bannt worden zu sein[1]. Geradezu anrüchig erschien es nach dem Fall der Berliner Mauer, dem »Niedergang« des »real existierenden Sozialismus«, dem »Sieg« des Kapitalismus und die Wiedervereinigung Deutsch-lands über die soziale Spaltung der Gesellschaft zu sprechen. Gesellschaftskritik schien so gar nicht im Trend zu liegen, und das Denken eines »Anders-als« wurde kurzerhand als totalitäre Phantasterei abgetan, weswegen auch Utopiediskurse aus den kritischen Arbeiten exkommuniziert wurden. Es schien geradezu so, als wären sich alle bei aller Uneinigkeit einig darüber, dass jeder im Westen lebende Mensch dieselben Möglichkeiten habe und soziale Mobilität eine Sache des Willens und der Leistungsfähigkeit sei. Strukturen sozialer Ungleichheit wurden nun vornehmlich als »Kulturdifferenzen« analysiert, schien sich doch die Welt der Symbole als attraktiver und das Analysieren derselben als lustvoller als das Nachdenken über die unerquicklichen materiellen Realitäten zu erweisen. »In der Hoch-Zeit der Individualisierungsthese« waren plötzlich »die Klassen und Klassengesellschaft verschwunden und ersetzt durch Lebensstile, Lebenslagen und Milieus. Und statt soziale Ungleichheit auch als Ungerechtigkeit zu kritisieren, kam in der Ungleich-heitsforschung ... Freude über die bunte Vielfalt in der Gesellschaft auf« (Frerichs/Steinrücke 1997: 13). Interessanterweise schien es einfacher über die Armut in der »Dritten Welt« zu philosophieren, als über Klassenunterschiede und Deklassierungen oder gar die eigene Be-teiligtheit an sozialer Ungleichheit nachzudenken. 1993 schreibt etwa Ilona.Bubeck, dass »[w]eder die deutsche Frauenforschung noch die feministischen Theoretikerinnen ... die Klassenfrage zum Gegenstand ihres politischen Diskurses [machen]« und stellt fest, dass zwar durchweg von der »Verarmung der Frauen« gesprochen wird »ohne [jedoch] danach zu fragen, ob Frauen Angehörige der herrschenden und besitzenden Klasse, der bürgerlichen Mittelschicht oder der lohnabhängigen und marginalisierten Schicht sind« (Bubeck 1993: 33). Konsequenz einer solchen »Verleugnung«, so Bu-beck, war die Etablierung einer »feministischen Politik, die ausschließlich den Interessen weißer, bürgerlicher Frauen dient« (ebd.: 35). Was hier für eine feministische Praxis und Programmatik beschrieben wird, kann ohne weiteres auch auf andere soziale Bewegungen und kri-tische Theoriebildung im allgemeinen übertragen werden. So analysiert Beverly Skeggs (2004) sehr richtig, dass die westlichen Sozialwissenschaften seit den 90er Jahren die so genannte »Lebenswelt« der akademischen Elite fast unbemerkt zum Mittelpunkt ihrer theoretischen Debatten und Konzeptbildungen gemacht hat. Skeggs legt dar, inwieweit etwa die Debatten um »Mobilität« im Grunde nur das bürgerliche Subjekt betrachtet, jedoch umfassende Aussagen formuliert.

»The arguments for mobility [...] suggest that the >new< theory has become orientive and regulative: it describes what exists for a privileged few and then suggests this is a perspective that applies for many others« (Skeggs 2004: 48).

Das ganze Gerede von erhöhter Mobilität und einem gelebten Nomadentum erscheint ihr nichts weiter als »grausamer Konsense«, denn Mobilität ist selbstver-ständlich eine Ressource, zu der nicht alle Zugang haben (ebd.: 49). Durch den fortschreitenden Abbau sozialer Sicherungssysteme geraten immer Menschen in die Situation, sich innerhalb der Metropolen kaum bewegen zu können, weil sie sich die ständig steigen-den Fahrkosten innerhalb des öffentlichen Nahverkehrs nicht leisten können, während Mobilität zu einem Merkmal von Leistung und Modernität geraten ist. Einige wenige können Mobilität als Freiheitsgewinn fei-ern. Für diejenigen indessen, die von Mobilität ausgeschlossen bleiben, bedeutet dieses »Jubilieren« eine auch symbolische soziale Exklusion.

Ende der 90er Jahre beginnt sich, auch vermittels der Globalisierungsdiskurse und Antiglobalisierungsdebatten, ein Interesse an sozialer Gerechtigkeit in Politik und Wissenschaft zu regen, das auch »Klassenanalysen« in ihre Auseinandersetzung integriert. Das Sprechen über »Klassen«, »Armut« und »soziale Ausgrenzung« scheint wieder »hoffähig« zu sein. Und so tauchen auch marxistische Theorien wieder vermehrt in wissenschaftlichen Veröffentlichungen auf. Der neoliberalen Illusion einer klassenlosen und gerechten Gesellschaft wird die Wirk-lichkeit einer zutiefst durchfurchten und zerklüfteten Welt entgegengehalten. Die Journalistin Barbara Ehrenreich (2003) spricht beispielshalber von den working poor, die trotz harter Arbeit am Rande des Existenz-minimums leben und Forschungen im Bereich der Mi-gration zeigen auf, wie die Verquickung einer nicht-deutschen Herkunft mit der Zugehörigkeit zur Unterschicht soziale Mobilität deutlich erschwert und manches Mal unmöglich macht. Dabei ist das Verschwinden der Analysekategorie »Klasse« in der Migrationsforschung ein besonderes kurioses wie folgenreiches Phänomen. Hier sind es vor allem die Kategorien »Kultur«, »Ethnizität« und/oder »Race«, die als zentrale Erklärungsdimensionen herangezo-gen werden, um soziale Ausgrenzungen im Zusammenhang mit Migrationsprozessen zu untersuchen. Analysen, die soziale Herkunft zur Erklärung mit ein-beziehen, sind dagegen eher selten. Konsequenz davon ist eine Vorstellung von Migrant_innen als homogen diskriminierte soziale Gruppe, die viktimisiert wird, ohne dass ihren durchaus vorhandenen Ressourcen

Beachtung geschenkt wird. Armut und soziale Ausgrenzung sind freilich ein komplexes Phänomen und bedeuten nicht nur, über (zu) geringe finanzielle Mittel zu verfügen, sondern bedeuten auch strukturelle Ausgrenzung aus zentralen gesellschaftlichen Bereichen auf unterschiedlichen Ebenen. So haben Migrant_innen nachgewiesener Maßen einen schlechten Zugang zum Arbeitsmarkt, zu Bildung und zum Wohnungsmarkt; sie weisen eine prekärere Gesundheitsversorgung als die Mehrheitsbevölkerung auf und sind aus der kultu-rellen Partizipation zum größten Teil exkludiert. Aller-dings gilt dies zum Teil insbesondere und zum Teil lediglich für migrantische Arbeiterinnen und in viel geringerem Maße oder gar nicht für solche, die (bereits) der Mittel- und Oberschicht angehören. So werden auch qualifizierte Migrant_innen systematisch symbo-lisch deklassiert. »Dienstmädchen« sind im Zuge dessen zu einem exquisiten wissenschaftlichen »Hit« geraten. Dass viele dieser Dienstleistenden (hoch-)-qualifiziert sind und sich eine Migration nach West-europa nur haben leisten können, weil sie über soziales, symbolisches und kulturelles Kapital verfügten, wird dagegen oft nur am Rande erwähnt. Die Beziehung des Ortes der

Herkunft zum Ort der Ankunft deklassiert qualifizierte Frauen symbolisch zu »Dienstmädchen« und schmiedet sie gewissermaßen in die »formlose Masse« eines »wehrlosen« Subproletariats, das heute insbesondere von undokumentierten Migrant jnnen gestellt wird. Auf der anderen Seite kann es kaum verblüf-fen, dass Migrantjnnen der zweiten und dritten Generation, die über akademische Abschlüsse und / oder wohldotierte berufliche Positionen verfügen, nicht selten aus Familien mit einem hohem Bildungskapital stam-men. Obschon nicht erst seit der PISA-Studie bekannt ist, dass insbesondere über Bildungs-kapital und materiellen Besitz zu verfügen weiterhin die Grundlage real bestehender sozialer Ungleich-heiten ist. Selbst wenn freilich alte Migrantjnnen unterschiedlichen strukturellen Diskriminierungen und verschiedenen Formen des All-tagsrassismus ausgesetzt sind, so ist es doch zugleich evident, dass die-jenigen, die mit ökonomischem und kulturellem Kapital ausgestattet sind, wesentlich bessere Chancen haben, auf dem immer härter umkämpften Arbeits- und Bildungsmarkt zu konkurrieren. Die »Klassenzugehörigkeit« spielt bei der Eröffnung von Möglichkeiten im Zusammenspiel mit anderen sozialstrukturierenden Kategorien wie etwa »Geschlecht«, »Hautfarbe« und »körperliche Verfasstheit« nach wie vor eine entscheidende Rolle. Sind die Eltern Akademiker_innen, so ist die Wahrscheinlichkeit, dass die Kinder auch hohe Qualifikationen erreichen, auch dann relativ hoch, wenn sie nicht-deutscher Herkunft sind.

Doch die meisten Migrant_innen in Deutschland sind aus sozio-historischen Gründen Arbeiter_innen mit durchschnittlich eher geringem Bildungskapital. Bei der Anwerbung der so genannten »Gastarbeiter_innen« waren diejenigen gefragt, die körperlich »tüchtig« waren. Die Auswahl fiel entsprechend auf junge, »körperlich fitte« Frauen und Männer mit zumeist geringer Schulbildung aus den sozial ausgegrenzten Peripherien der jeweiligen Herkunftsländer: Galizier_innen aus Spanien, Kurd_innen und Anatolier_innen aus der Türkei, Süditalie-ner_innen und Sard_innen aus Italien etc. Menschen aus den ärmsten Regionen Europas waren die er-sten, die seit den 1950er Jahren in die Bundesrepublik kamen, um nicht nur der Armut, sondern auch den sozialen Ausgrenzungen in ihren Herkunftsländern zu entfliehen. Die Pauperisierung in den Herkunftsländern war gewissermaßen ein guter Ausgangspunkt für die weitere Ausbeutung in der sich im Aufbau befindenden Industrienation Bundesrepublik Deutschland. Anders gewendet: die »Unterschicht«, die in der Bundesrepu-blik benötigt wurde, wurde in den autoritären Regimes der Herkunftsländer produziert. Einwanderungspolitik und Auswanderungspolitik zeigen sich vielfach ineinander verzahnt. Und die Migration stabilisierte schließlich ökonomisch und über bilaterale Verträge auch politisch bestehende faschistische Regierungen wie etwa das spanische Francoregime, das so unbekümmert bis zum Tode des Diktators 1975 fortbestehen konnte. Ins-besondere die Devisen der Migrant_innen und des boomenden Tourismus ermöglichten das stabile Para-dox einer offenen und doch abgeschotteten Gesell-schaft, in der die Verfolgung Andersdenkender durch die Staatsmacht Normalität war.

Ethnische Unterschichtungsprozesse als »Modernisierungsgrundlage«

Während Länder wie Spanien an ihren angeblichen »Tra-ditionen« festhielten - zu denen die streng katholisch-patri-archale Ordnung gehörte, die Frauen an das Haus band und Abtreibungen und Scheidung als kri-minelle Akte beschrieb und sanktionierte - beschreibt die Bundesrepublik sich als weltoffen und modern. Dass hier ein interessanter Zusammenhang besteht, wird viel zu häufig vernachlässigt.

Als es nach dem Zweiten Weltkrieg zu den ersten Anwerbeverträgen kam, waren es Arbeiter_innen, die angefragt wurden und aus den pauperisierten Periphe-rien Europas kamen, um das »deutsche Wirtschaftswunder« zu ermöglichen. Die Bedingungen, unter denen diese Menschen in den ersten Jahren leben und arbeiten mussten, ist zwar hinlänglich bekannt, wird im öffentlichen Diskurs jedoch gerne unterschlagen. Die Unterbringung in so genannten »Lagern« war etwa »normal«. Bereits in den Anwerbegesprächen, bevor also die ersten »Gastarbeiter_innen« in die Bundesre-publik einreisten, machten deutsche Regierungsvertreter deutlich, dass die Arbeitnehmer_innen mit einer Unterbringung in »Baracken« zu rechnen hatten (von Oswald/ Schmidt 1999: 185). Eine gemeinsame Unterbringung von deutschen Arbeiter_innen und »Gastarbeiter_innen« war dagegen freilich nicht erwünscht (ebd.: 189). Die Unterbringung in diesen ethnisch segre-gierten »Massenunterkünften« ermöglichte die Kontrolle der migrantischen Arbeitskräfte weit über den Arbeitzusammenhang hinaus. Und »[w]as aus deutscher Sicht gern mit fehlendem Integrationswillen< oder auch mit mangelnder Intelligenz ... erklärt wurde, begründeten viele Arbeitsmigranten selbst mit ihrem Arbeitsalltag: Nach acht Stunden Akkordarbeit, Überstunden oder Wochenendarbeit, musste eingekauft, gekocht, gewaschen und gebügelt werden. Da blieb bei manchen kaum Raum, die eigene eingekapselte Situation zu verändern« (ebd.: 205).

Tatsache war indes, dass eine Integration keinesfalls erwünscht war. Es galt vielmehr das Rotationsprinzip. Die Frauen und Männer sollten für kurze Zeit in Deutschland arbeiten und dann wieder in ihre so genannten Heimatländer zurückkehren - ohne Ansprüche aus der Sozialversicherung. Die große Mehrheit der migrantischen Arbeitskräfte wanderte tatsächlich ganz entsprechend der Idee des »Rotationsprinzips«, welches über restriktive Vergabe von Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis aufrecht erhalten wurde, wieder zurück in ihre Herkunftsländer. Nach dem Anwerbestopp von 1973 blieben jedoch viele - zu diesem Zeitpunkt ca. 3 Millionen - in Deutschland. Die meisten dieser Frauen und Männer führten die schmutzigsten und härtesten Arbeiten in Industrie und im Dienstleistungsgewerbe durch. Insbesondere Frauen finden sich dabei immer schon vermehrt im Niedriglohnsektor. Ganz rassistischen Vorgaben folgend wurden Migrant_innen im öffentlichen Bild v. a. mit Schmutz, sexueller Promiskuität und genereller Unzivilisiertheit assoziiert. So schreibt 1972 eine Mainzer Hauptschülerin der 8. Klasse:

»Man stellt die Gastarbeiter (Italiener) meistens in Intimitäten den Schweinen gleich. Was auch wahr ist. Wenn ich abends mal mit meiner Mutter Schaufenster gucken gehe, da ist der erste, der uns anpflaumt, ein Gastarbeiter. Weil die glauben, jede Frau, die abends auf der Straße ist, sei ein Vogel. Es gibt nur einen geringen Teil der Gastarbeiter, der eigentlich dankbar wäre, wenn man sie zivilisieren würde«.[2]

»Gastarbeiter_innen« erwiesen sich als eine interne Kolonie, über die nicht nur fast grenzenlos verfügt werden konnte, sondern die auch als Negativfolie für die tugendhafte, zivilisierte deutsche Mehrheitsbevölkerung galt. Die Kontinuitäten zu ras-sistisch-kolonialen Stereotypen sind dabei evident. Im 18. Jahr-hundert schreibt etwa der His-toriker Edward Long zu der Frage, ob es zugelassen werden sollte, >Schwarze< nach England ein-reisen zu lassen:

»The lower class of women in England are remarkably fond of the blacks, for reasons too brutal to mention; they would connect themselves with horses and asses if the laws permitted them. By these ladies they generally have numerous brood. Thus, in the course of a few generations more, the English blood will become so contaminated with this mixture ...

as even to reach the middle, and then the higher orders of people« (zit. in Lawrence 1982: 57).

Deutlicher kann die Verquickung diskriminierender Kategorisier-ungen nicht ausgedrückt werden. Sowohl die weißen Frauen aus der Arbeiterklasse als auch alle schwarzen Männer werden hier als triebhaft und ab-stoßend beschrieben. Dabei wird Sexuali-tät zum Sinnbild für die Erhaltung oder eben Verwischung »ras-sischer« Differenzen. Daran hat sich bis heute beim Sprechen über migrantische Arbeitskräfte kaum etwas geändert: Während die Männer als (sexuell) bedrohlich gelten und/oder unter permanenten Ter-rorismusverdacht gestellt werden, werden die Frauen vor allem als unterdrückt und zurückgeblieben dargestellt, die das Gegenteil der befreiten, modernen deu-tschen Frau re-präsentieren. Die koloniale Politik der Repräsentation ist äußerst transparent.

Jene, die sich als »Gastarbeiter_innen« nicht mehr »nützlich« erwiesen oder, wie es hieß, den »Belangen der Bundesrepublik entgegen standen«, konnten ohne weitere Begründung ausgewiesen werden bzw. die Aufent-haltserlaubnis, die zumeist nur für ein Jahr ausgestellt wurde - manchmal auch für kürzer -, wurde schlichtweg nicht verlängert. Politische Partizipation war selbstre-dend ebenso verboten wie eine Berufsunfähigkeit zur faktischen Ausweisung durch Nichtverlängerung der Aufenthalts- und/oder Arbeitserlaubnis führen konnte. Trotz dieser vehementen sozialen Repressionen kam es in den 1970er Jahren zu den so genannten »wilden Streiks« in großen Industrieunternehmen wie etwa Ford und Opel, die v. a. von migrantischen Arbeitnehmer_innen organisiert wurden, die z. T. mehr Erfahrung mit gewerkschaftlicher Mobilisierung hatten als die deutschen Arbeitnehmer_innen. Interessanterweise werden diese weder von den Mehrheitsdeutschen noch vom Großteil der zweiten und dritten Migrant_innengeneration erinnert. Stattdessen wird die erste migrantische Arbeiter_innengeneration auch von letzteren häufig als »Opfer« dargestellt, die sich den miserablen Bedingun-gen fügte und keinen Widerstand leistete. Eine Geschichte des »Gastarbeiter_innen-widerstands« ist noch zu schreiben.

Eine besondere Rolle bei der Stabilisierung des Bildes des neuen modernen Deutschlands spielten in der BRD die migrierten Frauen, die nur allzu gern unter die Kategorie »nachgezogene Ehefrauen« subsumiert werden, obwohl mindestens ein Drittel der angeworbenen Arbeitskräfte weiblich waren. Bereits 1973 waren 30 % der migrantischen Arbeitskräfte weiblich (Mattes 1999: 285). Besonders bezeichnend ist hier, dass die Beschäftigungsquote von Migrantinnen im selben Jahr mit 71,6 % fast doppelt so hoch ist wie die der deutschen Frauen, die im gleichen Zeitraum bei lediglich 37,7 % liegt. Genaugenommen ist die in den 1970er Jahren begin-nende und bejubelte »Emanzipation« der mehrheitsdeutschen Frauen ohne die migrantische Arbeitstätigkeit gar nicht denkbar, denn der Einsatz der migrantischen Arbeitskraft bedeutet für die mehrheitsdeutschen Frauen einen bemerkenswerten Mobilitätssprung. Später wird dies als »Modernisierungsschub« vermerkt, weil nicht nur immer mehr deutsche Frauen eine Arbeit aufnehmen, sondern sich darüber hinaus vom produzierenden Gewerbe hin zum Dienstleistungsbereich bewegen, wo sie zu zwei Drittel von Migrantinnen ersetzt werden (genauer hierzu Castro Varela 2003). So schreibt Manuela Westphal pointiert: »Mit ihrem Entschluß zur Migration und Arbeitsauf-nahme in der Bundesrepublik ermöglichten die Arbeitsmigrantinnen den westdeutschen Frauen die Befreiung von den >schlechtesten< und >untersten< Arbeitsplätzen« (Westphal 1996: 26).

Der Mitte der 1970er Jahre einsetzende Strukturwandel trifft Migrantinnen mit besonderer Härte. Unternehmen bauen nun im Zusammenhang mit Rationalisierungsmaßnahmen gezielt Arbeitsplätze ab, was in der Folge eine vermehrte Erwerbslosigkeit unter Migrant_innen, die dann schlechter einen neuen Arbeitsplatz finden, produ-ziert. Speziell die diskriminierende Vergabe von Arbeitserlaubnissen zeichnet sich dafür verantwortlich, dass Migrantinnen Schritt für Schritt vom Arbeitsmarkt gedrängt wurden. Beispielshalber wurde ei-ne Arbeitserlaubnis nur verlängert, wenn eine Mutter einen Kindergartenplatz nachweisen konnte. Was, wie Monika Mattes darlegt, damals recht selten der Fall war (Mattes 1999: 304).

Die Unterschichtung durch migrantische Arbeitskräfte aus den Peripherien Europas suggerierte den Mehrheitsdeutschen, für sie hätte sich das Problem einer Klassengesellschaft - und auch einer patriarchalen Gesellschaft - gelöst. Dazu kam, dass das Wohlstandsniveau während der Kohl-Ära auch für diejenigen stieg, die weniger

als der Durch-schnitt besaßen oder verdienten: Der sogenannte soziale »Fahr-stuhleffekt«, das Anheben des allgemeinen Lebensstandards, machte dabei vergessen, dass nicht nur die Abstände wuchsen und sich langsam neue soziale Differenzierungen herausbildeten, sondern auch wer diese Verbesserung der Lebensbedingungen maßgeblich bewirkte. Während Migrant_-innen aus den pauperisierten Peripherien Europas als rückständig, patriarchal und traditionsverbunden galten und gelten, haben sie - nur scheinbar paradox - tatsächlich die »Modernisierung« der westeuropäischen Gesellschaften erst ermöglicht.

Deklassierung und die Produktion von Klassen

»Analysis of class should therefore aim to capture the ambiguity produced through struggle and fuzzy boundaries, rather than to fix it in place in order to measure and know it. Class formation is dynamic [...] Class (as a concept, classificatio n and positioning) must always be the site of contin-uous struggle and re-figuring precisely because it represents the in-terest of particular groups« (Skeggs 2004: 5).

Allgemein lässt sich feststellen, dass seit den 1980er Jahren die Zahl der Arbeitsmigrant_innen in ungeschützten Arbeitsverhält-nissen kontinuierlich angestiegen ist. Migrantische Arbeitskräfte sind vor allem auf Arbeitsplätzen zu finden, die schlecht vergütet sind, und ihre Lebenssituation ist von langen und immer wiederkehrenden Perioden der Erwerbslosigkeit gekennzeichnet, die sozial destabilisierend und beruflich dequalifizierend wirken. Die aktuellen Hartz-Reformen greifen hier in vielfacher Weise verschärfend ein. So schreibt Dorotheee Frings in ihrer juristischen Expertise zu den Auswirkungen der Arbeitsmarktreformen und des Zuwanderungsrechts für Migrant_innen:

»Die Hartz-Reformen und das neue Zuwanderungsgesetz verfolgen im Kern die übereinstimmende Zielsetzung, das verfügbare Arbeitskräfte-potential passgenau an die Bedürfnisse des Arbeitsmarkts anzupassen und gleichzeitig die staatlichen Sozialausgaben zu senken« (Frings 2005: 21)

Hartz-Reformen und Zuwanderungsgesetz bestätigen mithin die der neoliberalen Gouvernementalität zugrunde liegende Ausschlusslogik und Biopolitik. Es ist nicht zufällig, dass Arbeiterinnen nicht deutscher Herkunft auf dem Arbeitsmarkt nach wie vor deutlich überproportional auf den untersten Ebenen der Beschäftigungsskala vertreten und darüber hinaus überdurchschnittlich hoch von Erwerbslosigkeit betroffen sind, während sie insgesamt eine niedrigere Beschäftigungsrate aufweisen als deutsche Arbeitskräfte. Die Erwerbslosenquote von Menschen nicht-deutscher Staatsbürgerschaft lag bereits im Jahre 2000 im Bundesgebiet West um insgesamt 110,3 Prozent höher als die Erwerbslosenquote insgesamt, während der Anteil der arbeitslosen Migrant_innen ohne abgeschlossene Berufs-ausbildung in 2003 bei dramatischen und skandalösen 72,5 Prozent lag. Migrantische Jugendliche finden sich dabei besonders häufig in der Hauptschule und beson-ders selten im Gymnasium. Und auch an den Universitäten

setzt sich dieses Zahlenverhältnis fort, denn die meisten ausländischen Studierenden sind keine so genannte Bildungsinländer_innen, d. h. Menschen nicht-deutscher Herkunft, die das deutsche Schulsystem durchlaufen haben. An den Hochschulen sind besonders jene willkommen, die aus den Eliten ihrer Her-kunftsländer stammen und in der Bundesrepublik weiteres Bildungskapital akkumulieren. Der Zugang für Migrant_innen aus »Gastarbeiterfamilien« erweist sich hingegen aufgrund ethnischer und klassenspezifischer Diskriminierungen als besonders schwierig, denn oh-nehin finden sich unter den Studierenden in Deutsch-land nur sehr wenige, die in proletarischen Milieus auf-gewachsen sind - ganz gleich welcher Herkunft.
Die vielzitierte ethnische Unterschichtung des Ar-beitsmarktes und die Deklassierung und Dequalifizierung migrantischer Arbeitskräften gehen dabei Hand in Hand mit der sich ausweitenden Regulierung von Mi-gration bei gleichzeitiger Deregulierung des Arbeits-marktes. Soziale und ethnische Herkunft formieren sich im Einwanderungsland Deutschland geradezu zu einem sozialen »Schicksal«. Auch bei der Sozialhilfequote ist eine kritische Differenz zwischen Menschen deutscher und nichtdeutscher Herkunft erkennbar. So lag Ende 2002 diese für Migrant_innen bei 8,4 Prozent gegenüber 2,8 Prozent bei der deutschen Bevölkerung. Die Bundesregierung preist deswegen wohl auch in ihrer Hartz-Info-Broschüre die so genannten 1-Euro— Jobs für Menschen mit Migrationshintergrund an. Diese seien aufgrund von so genannten Vermittlungshinder-nissen besonders für diese Zielgruppe geeignet. Im Grunde kann die Reformierung des Arbeitsmarktes als ein Versuch gelesen werden, erwerbslose Migrant_-innen aus den staatlichen Sicherungsnetzen zu lösen und damit zu flexibilisieren. Die restriktiven Migrationsregime intendieren, möglichst viele hochqualifi-zierte Fachkräfte aus den Peripherien des Kapitalis-mus[3] anzulocken und dies zu kombinieren mit einer weitgehenden ethnischen Unterschichtung durch kurz-fristige Saisonarbeiten, aber auch Minijobs und 1-Euro-Jobs.

»Die Ausrichtung der Hartz-Gesetze auf eine schnelle Vermittlung von Arbeitslosen in den Niedriglohnsektor des Arbeits-markts statt auf eine langfristige Qualifizierung der Arbeits-kräfte (Erhöhung des Humankapitals) grenzt die nachwachsende Generation mit Zuwanderungshintergrund aus der Entwicklung des >Standort Deutschlands< aus und weist ihr ihren Platz im informellen Sektor zu« (Frings 2005: 21).

Auch undokumentierte migrantische Arbeitskräfte werden dabei in großem Ausmaße »hingenommen«, weil sie Billigproduktion sichern und auch die sozialen Löcher stopfen, die der radikale Abbau staatlicher Si-cherungssysteme hinterlässt. Gleichzeitig gelten Flüchtlinge als ein Sicherheitsrisiko und werden dementsprechend im großen Maßstab abgewehrt, nur so lässt sich ein quasi-normalisierter irregulären Arbeits-markt etablieren. Wie groß dieser mittlerweile ist, darüber kann nur spekuliert werden. Sicher ist jedoch, dass in rund 3,5 Millionen Haushalten in Deutschland Dienstleistungen in Anspruch genommen werden, dem indes lediglich 40.000 angemeldete Sozialversicherungspflichtige ArbeitsVerhältnisse in diesem Bereich gegenüberstehen. Anders gewendet, undokumentierte Arbeitskräfte - zumeist aus postkolonialen Ländern stammend - stellen eine nicht unbedeutende Größe für die Ökonomie des Westens dar. Sie arbeiten für wesent-lich weniger Geld, die Abgaben für die Sozialversiche-rungen entfallen und sie sind zudem leicht erpressbar. Staatliche Behörden wissen sehr wohl Bescheid über die irregulären Beschäftigungsverhältnisse, ihr strategisches Wegschauen ist ökonomischer und sozialer Kalkulation geschuldet.
Für migrantische Arbeitskräfte vor allem aus postkolonialen Ländern bedeutet dies, dass sie (geschlechts-)-spezifischen Ausbeutungen ausgesetzt sind, die auf kolonialen hetero-patriarchalen Strukturen aufliegen. So arbeiten undokumentierte Frauen gänzlich unabhängig von ihren Qualifikationen überwiegend als »Putzfrauen« und »Dienstmädchen« in Privathaushalten und als Prostituierte in der Sexindustrie. Es sind dies Bereiche, die durch eine besondere Ausbeutung der körperlichen Arbeitskraft gekennzeichnet sind. Hinzu kommt die erzwungene Vereinzelung, die eine Organisation vereitelt und die dort Tätigen unter eine ausnahmslose Kontrolle der Arbeitgeber_innen stellen. Heutzutage können auch weniger begü-terte Familien hochqualifiziertes Dienstpersonal für wenig Geld beschäftigen. Dies eröffnet der Domi-nanzbevölkerung das zweifelhafte »Privileg« ein »Dienstmädchen« anzustellen, das die emanzipierten Frauen und Männer frei halten, damit sie sich ganz ihrer Karriere widmen können. Was den Männern der Dominanzgesellschaft die »Sekretärin« ist, wird der emanzipierten karrierebewussten Frau immer mehr die »Putzhilfe«, die »Kinderfrau«, die »Köchin«, die »Einkaufshilfe«, die »Pflegehilfe« etc. Privathaushalte wandeln sich nach und nach zu ethnifizierten Nischen für undokumentierte Migrant_-innen aus dem Süden der Welt und dem Osten Europas. Die Frau aus Polen, die die Mutter versorgt oder den kranken Ehemann pflegt, ist lange schon Teil deutscher Alltäglichkeit. Dass dies historische imperiale Verhältnisse re-produziert, scheint nur wenige zu interessieren. Produkt dieses Prozesses ist unter anderem eine neue »Unterklasse« von Arbeiterinnen auf Zeit, die gewissermaßen in Form von Turborotationsverfahren zu einem Kommen und Gehen gezwungen werden und sich durch diese permanente Rotation in einer kontinuierlich prekären Existenzlage einrichten (müssen). Die verschärfte Ungleichheit schmiegt sich dabei an bereits strukturell vorhandene und etablierte Ungleichheitsstrukturen an. Rassismus, Sexismus und Klassismus fungieren gleichsam als exzellente Instrumente zur fortgeführten Legitimation (kolonialer) Ausbeutungsverhältnisse, die nach wie vor den symbolischen und materiellen Wohlstand der westlichen Mittel- und Oberschichten sichern. So erweist sich etwa der gleichzeitige Anspruch von Karriere und Familie für die Frauen der Dominanzkultur als immer weniger paradox - was ja immer wieder angemerkt wird - denn die minorisierten dequalifizierten und deklassierten Frauen aus den pauperisierten Süden und Osten sind zur Stelle, um die entstehenden sozia-len Spannungen zu lösen, den Geschlechterkrieg zu unterlaufen. Das Geschlechterverhältnis ist in Europa eigentlich nicht viel anders als in den berüchtigten 1950er Jahren, wo Frauen lediglich die drei »Ks« (Kinder, Küche, Kirche) zugestanden wurden. Doch die mehrheitsdeutsche Frau sieht sich nicht mehr ans Haus gefesselt, sondern sie ist es, die das »traute Heim« zu einer wohlfunktionierenden Organisationseinheit modifiziert, der sie als Haushaltsmanagerin vorsteht. Wie aus Arzthelferinnen Praxismanagerinnen - auch wenn sie dasselbe tun und auch immer noch so wenig verdienen wie eh und je - wurden aus berufstätigen Hausfrauen Multitasking-Managerinnen, die in »Heim« und »Beruf« ihren »Mann stehen«.

Deklassierung und Dekolonisierung

Stuart Hall zufolge sind die wichtigsten kritischen Arbei-ten solche, die aufzeigen können, wie die Verquickung zwischen »Klasse« und »Rasse« hergestellt wird und wie diese Strukturen die Beziehung zwischen den ehe-maligen Kolonien und den ko-lonisierenden Ländern auch heute noch bestimmen. In den auf marxistische Theorien basierenden Rassismustheorien wird Kolonialismus als Weg-bereiter des Kapitalismus be-schrieben, der eine globale Expansion ermöglichte und da-bei neue Formen der (Über-)Ausbeutung etablierte. So wurde eine kapitalistische Weltordnung

unter anderem über eine Durchsetzung erzwungener Arbeitskraft - etwa unterschiedliche Formen von Sklaverei - etabliert. »Rassifizierungsprozesse« erweisen sich hierbei als notwendige Legitimationsstrategien, denn es sind letztlich rassistische Ideologien, die die Bestimmung unterschiedlicher »Kategorien von Menschen«, die »biologisch« zur Aus-führung besonders harter Arbeit bestimmt wurden. Die Ideologie der »rassischen Überlegenheit« übersetzte sich so in Klassenkategorien, erscheinen die Klassenpositionen doch schließlich als quasi natürliche (Castro Varela/Dhawan 2004: 72ff.). Rassistische Hierarchien sind die >magische Formel<, die es dem Kapitalismus erlaubt, zu expandieren und die Produktionskosten dabei gering zu halten. Das bundesdeutsche »Gastarbeiter_innen-System« und die aktuelle europäische Flüchtlingspolitik stellt eine offensichtliche Kontinuität dieser Logik dar. Bei der Anwerbung von Menschen aus den armen Periphe-rien Europas werden diese nicht nur ärztlich begutachtet und antropometrisch vermessen, sondern auch bestimmten Arbeitsplätzen zugewiesen. Es ist ihre »Biologie« und »Herkunft«, die sie für besonders ge-eignet erscheinen lässt, die besonders harte und schmutzige Arbeit in den Berg- und Stahlwerken, an den Fließbänder der Elektroindustrie und bei den Abfuhrunternehmen zu erledigen. Es wird hier deutlich, wie deklassierte Subjekte und damit eine soziale Unterschicht immer wieder neu geschaffen werden. Die Exklusionsregime zeigen sich dabei hochflexibel, indem sie etwa auf Widerstände mit neuen Ausschlus-spraxen reagieren. So zeigt sich das neue Zuwanderungsgesetz einerseits »tolerant« und »einla-dend« gegenüber Migrant_innen, die über ökonomisches Kapital und/oder Bildungskapital verfügen, um anderseits besonders »gnadenlos« diejenigen zu regie-ren, die diese Ressourcen nicht mitbringen und/oder deren »Herkunft« abgewertet werden soll. Gleichzei-tig ist es immer möglich, Kapitalien abzuwerten. Deklassierungsprozesse sind notwenig, um eine genü-gend große Arbeitskraftmasse zur Verfügung zu stellen, die gut ausbeutbar ist. Heute sind es die undokumentierten Arbeiterinnen, die in den Metropolen etwa mit der Masse der Obdachlosen die »neuen Sub-alternen« darstellen und nicht die migrantische intel-lektuelle Elite (vgl. Castro Varela/Dhawan 2005).

Klassenbewusstsein heißt, ein geschärftes Bewusstsein für soziale Ungleichheit, in einer Gesellschaft die eklatant durch Klassendifferenzen geprägt wird, zu entwickeln. Die Skandalisierung von Sexismus und Rassismus wird deutlich schärfer, wenn nicht, wie so oft, die ökonomische Analyse nur hinten angestellt wird. Es wird dann allerdings notwendig, die Homogenisierung einer Migrant_innenpopulation zu hinterfragen, die reiche Computerspezialist_innen im Silicon Valley und undokumentierte Saisonarbeiter_innen in eins setzt. Kritische Migrationsstudien können dagegen aufzeigen, wie Klassen über Migrationsregime produziert werden und wo Kontinuitäten, aber auch Diskontinuitäten zu anderen Exklusionsregimen - wie etwa dem rassistischen und kolonialen Regime - festzustellen sind.

Maria do Mar Castro Varela

geklaut aus: Diskus Sep. 05

Anmerkungen

*: Spannenderweise zeigt sich bei einer Durchsicht der Literatur zum Thema »Klasse und Klassengesellschaft«, dass v. a. in den 70er Jahren und dann wieder ab der Jahrhundertwende eine verstärkte Produktion im deutschsprachigen Raum nachzuweisen ist.

2: Aus dem Buch »Gastarbeiter. Analysen und Berichte« von Ernst Klee (1981).

3: Das gilt im übrigen auch für Studierende aus dem Süden. Europäische Universitätsabschlüsse entwickeln sich mehr und mehr zu einem lukrativen Geschäft.

iteratur

Bubeck, Ilona (1993): »Eine neue bürgerliche Frauenbewegung?« in: Ika Hügel u.a. (Hg.): Entfernte Verbindungen. Rassismus, Antisemitismus, Klassenunterdrückung. Berlin: Orlanda, S: 33 - 42.

Castro Varela, Maria do Mar (2003): »Zur Skandalisierung und Re-Politisierung eines bekannten Themas: >Migrantinnen auf dem Arbeitsmarkt<« in: dies./Dimitria Clayton (Hg.): Migration, Gender, Arbeitsmarkt. Neue Texte zu Frauen und Globalisierung. König-stein/Ts: Ulrike Helmer, S. 8 - 29.

Castro Varela, Maria do Mar / Dhawan, Nikita (2004): »Rassismus im Prozess der Dekolonialisierung - postkoloniale Theorie als kritische Intervention« in: AntiDiskriminierungsbüro Kon / CyberNomads (Hg.): TheBlackBook. Deutschlands Häutungen. Frankfurt am Main / London: JKO, S. 64-81.

Castro Varela, Maria do Mar/Dhawan, Nikita (2005): Postkoloniale Teoric. Eine kritische Einführung. Bielefeld: transcript.

Ehrenreich, Barbara (2003): Arbeit Poor. Unterwegs in der Dienstleistungsgesellschaft. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.

Frerichs, Petra/Steinrücke, Margareta (1997): »Klasse und Geschlecht. Forschungskonzeption und Ergebnisse eines empirisch-theoretischen For-schungsprojekts« in: dies. (Hg.): Klasse, Geschlecht, Kultur. Dokumentation eines Workshops anläßlich des 25jährigen Bestehens des Instituts zur Erfor-schung sozialer Chancen ISO am 08. November 1996 in Köln. (hg. Verein zur Förderung des Instituts zur Erforschung sozialer Chancen) Köln: ISO Eigen-verlag, S. 12-46

Frings, Dorothee (2005): Arbeitsmarkt und Zuwanderungsrecht - Auswir-kungen für Migrantinnen und Migranten. Juristische Expertise, hg. von Migration und Arbeit Rhein-Main. Frankfurt am Main: Stadt Frankfurt am Main.

Gather, Claudia/Geissler, Birgit/Rerrich, Maria S. (2002): Weltmarkt Privat-haushalt. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Klee, Ernst (Hg.) (1981): Gastarbeiter. Analysen und Berichte. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

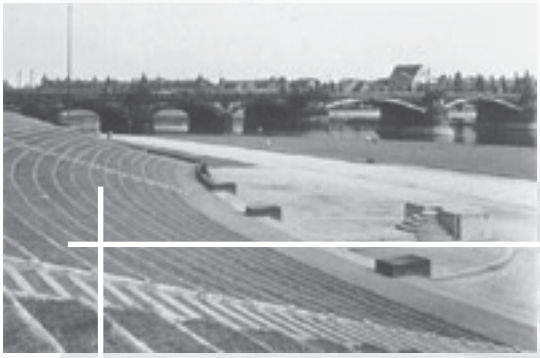
Lawerence, Edward (1982): »Just Plain Common Sense: The Roots of Racism« in: Centre for Contemporary Cultural Studies (Hg.): The Empire Strikes Back. Race and Racism in the 70s Britain. London: Hutchinson, S. 47-94.

Mattes, Monika (1999): »Zum Verhältnis von Migration und Geschlecht. An-werbung und Beschäftigung von >Gastarbeiterinnen< in der Bundesrepublik 1960 bis 1973« in: Jan Motte / Rainer Ohliger / Anne von Oswald (Hg.): 50 Jahre Bundesrepublik - 50 Jahre Einwanderung. Nachkriegsgeschichte als Migrationsgeschichte. Frankfurt am Main: Campus, S. 285 - 209.

von Oswald, Anne/Schmidt, Barbara (1999): »>Nach Schichtende sind sie immer in ihre Lager zurückgekehrt...< Leben in >Gastarbeiter<-Unterkünften in den sechziger und siebziger Jahren« in: Jan Motte/Rainer Ohliger/Anne von Oswald (Hg.): 50 Jahre Bundesrepublik - 50 Jahre Einwanderung. Nach-kriegsgcschichte als Migrationsgeschichte. Frankfurt am Main/New York: Campus, S. 184-214.

Skeggs Beverley (2004): Class, Seif, Culrure. London/ New York: Routledge.

Westphal, Manuela (1996): »Arbeitsmigrantinnen im Spiegel westdeutscher Frauenbilder« in: beitrage zur feministischen theorie und praxis, 42, S. 17 - 28.



Der Begriff des Faschismus

Teil 2 aus dem AIB

Im ersten Teil der Auseinandersetzung mit dem Begriff des Faschismus wurde dessen Entstehung erläutert und die Kernelemente faschistischer Ideologie erörtert. Im folgenden, abschließenden Teil wird rückblickend das Verhältnis der Linken zum Aufkommen des Faschismus - erörtert am Nationalismus und Antisemitismus - hinterfragt und ein kritischer Blick auf die hegemoniale Totalitarismus-Doktrin zur herrschaftskonformen Verklärung faschistischer Bewegung geworfen.

Linke und Faschismus

Von bürgerlich-konservativer Seite wurde und wird die prokapitalistische Haltung der Faschisten bestritten. Die Totalitarismustheoretiker der ersten Stunde sahen in den faschistischen Bewegungen eher eine vergleichbare Ausformung des Mobs wie im damals drohenden Bolschewismus. Die pseudosozialistischen Phrasen der Faschisten wurden von konservativen Totalitarismustheoretikern wörtlich genommen und mit der sozialistischen Bedrohung synonym gesetzt. Dort galt und gilt auch heute der Faschismus als »nationaler Sozialismus« und das propagandistische Versprechen der Faschisten eines nationalen und sozialen »Volksstaates« wird dabei für bare Münze genommen.

In seiner noch während der Nazi-Herrschaft verfassten Untersuchung des NS-Regimes kam der Marxist Franz Neumann hingegen zu der Einschätzung: »Die Wirtschaft des nationalsozialistischen Deutschland hat zwei umfassende und hervorstechende Kennzeichen. Sie ist eine Monopolwirtschaft - und eine Befehlswirtschaft. Sie ist eine privatwirtschaftliche Ökonomie, die durch einen totalitären Staat reglementiert wird. Als den besten Namen, sie zu beschreiben, schlagen wir totalitärer Mono-poikapitalismus< vor.« Kennzeichnend für die linke Positionierung wurde posthum der berühmte Ausspruch Max Horkheimers: »Wer vom Kapitalismus nicht reden will, (soll) zum Faschismus schweigen«. In jenem, an die Emigranten gerichteten berühmten Ausspruch wandte sich Hork-heimer gegen die weit verbreitete Tendenz, den Liberalismus als positiven Gegenentwurf zum Faschismus zu verklären. Er erklärte: »Der Faschismus ist nicht wider die bürgerliche Gesellschaft, sondern unter bestimmten historischen Bedingungen ihre konsequente Form.«

Horkheimer als undogmatischer Marxist allerdings zog daraus einen völlig anderen Schluss als das Gros der linken Bewegungen jener Zeit. Dort setzte sich in vulgär-marxistischer Manier die Dimitroffsche Definition für die Kommunistische Internationale 1935 durch, die besagte: »Der Faschismus an der Macht ist die offen terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals.«

Faschismus = Kapitalismus also schlicht und zwar der vom ganz bösen Banken- und Finanzkapital, gegen das die Nazis schon die antisemitische Unterscheidung zwischen »raffendem« und »schaffendem« Kapital propagierten. Die Mehrheit der Linken jener Zeit verkannte die ideologische Dynamik des faschistischen Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus. Damals war es eine unbeachtete Minderheit kritischer und parteilich ungebundener Intellektueller der Linken wie Horkheimer und Adorno, die hingegen den Antisemitismus als herrschaftsstabilisierendes Projektionsangebot der NS-Propaganda erkannten. »Der bürgerliche Antisemitismus hat einen spezifischen ökonomischen Grund: Die Verkleidung der Herrschaft in Produktion. (...) Die produktive Arbeit des Kapitalisten, ob er seinen Profit mit dem Unternehmerlohn wie im Liberalismus oder dem Direktorengehalt wie heute rechtfertigte, war die Ideologie, die das Wesen des Arbeitsvertrags und die raffende Natur des Wirtschaftssystems überhaupt zudeckte.«

Hiermit unterschieden sich die Vertreter der Kritischen Theorie von dem Gros der kommunistischen Bewegung jener Zeit, das jegliche vermeintliche Kritik am Kapitalverhältnis per se als fortschrittlich begriff. So wandte sich etwa der KPD-Theoretiker Werner Hirsch 1932 dagegen, »mit derblauen Brille einer Pseudo-Theorie nach irgendwelchen Unterschieden zwischen Demokratie und Faschismus zu suchen«. Mit der Durchsetzung der sog. »Sozialfaschismus-These« der KPD wurde schon Mitte der Zwanziger Jahre die Sozialdemokratie als Konkurrenzpartei zum eigentlichen Hauptfeind erklärt. »Sozialdemokratie ist Faschismus« wurde ausgerufen.

Diese Einschätzung wurde von der KPD erst 1935, also zwei Jahre nach der Machtübertragung an die Nazis, in der Komintern revidiert. Zentrale Elemente der Nazi-Propaganda, Antisemitismus und Nationalismus, wurden fast völlig verkannt. Es gab sogar mehrere Strömungen innerhalb der KPD, die zeitweise einen »natio-

nal-bolschewistischen« Kurs befürworteten. Ein Beispiel hierzu war der »Scheringer-Kurs« der KPD von 1931-32. Das ehemalige NSDAP-Mitglied Scheringer, zugleich Leutnant der Reichswehr, trat wegen dem »Befreiungsprogramm« der KPD zu den Kommunisten über und forderte nun die »Befreiung Deutschlands« vom Kapitalismus und Versailler Vertrag. Er sah in der Reichswehr den »Kern einer künftigen Befreiungsarmee« und wurde von der KPD zur Werbung bei Nationalrevolutionären, Reichswehr und der SA eingesetzt. In der antisemitischen Propaganda der Nazis gegen das »raffende«, das »Judenkapital« sahen KPD-Aktivisten wie z.B. Ruth Fischer Anknüpfungspunkte für eine linke Kapitalismuskritik. Kritische Marxisten wie Horkheimer und Adorno hingegen er kannten, dass die pseudosozialistische Kritik der anti-semitisch besetzten Zirkulationssphäre eine herrschaftsstabilisierende Funktion hat: »Im Verhältnis des Lohns zu den Preisen erst drückt sich aus, was den Arbeitern vorenthalten wird. Mit ihrem Lohn nahmen sie zugleich das Prinzip der Entlohnung an. Der Kaufmann präsentiert ihnen den Wechsel, den sie dem Fabrikanten unterschrieben haben. Jener ist der Gerichtsvollzieher fürs ganze System und nimmt das Odium für die ändern auf sich. Die Verantwortlichkeit der Zirkulationssphäre für die Ausbeutung ist gesellschaftlich notwendiger Schein.«

Die »pathische Projektion«, die verschwörungstheoretische Personifizierung struktureller Macht- und Ausbeutungsverhältnisse auf »den Juden« war das Angebot zur konformen Rebellion mittels Pogrom und Mord unter Beibehaltung der Herrschaft:

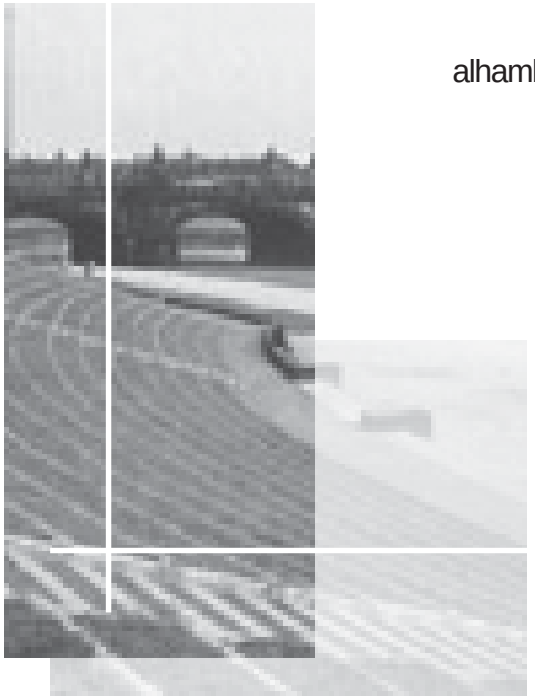
»Das Hirngespinst von der Verschwörung lüsterner jüdischer Bankiers, die den Bolschewismus finanzieren, steht als Zeichen eingeborener Ohnmacht, das gute Leben als Zeichen von Glück. Dazu gesellt sich das Bild des Intellektuellen; er scheint zu denken, was die anderen sich nicht gönnen, und vergießt nicht den Schweiß von Mühsal und Körperkraft. Der Bankier wie der Intellektuelle, Geld und Geist, die Exponenten der Zirkulation, sind das verleugnete Wunschbild der durch Herrschaft Verstümmelten, dessen die Herrschaft sich zu ihrer eigenen Verewigung bedient.«

Die Nazis waren demnach keine bloßen »Kapitalistenknechte«, wie die Komintern sie definierte. Sie versprachen die »Erhebung« durch den völkisch-rassistischen Antisemitismus: »Der Faschismus ist totalitär auch darin, daß er die Rebellion der unterdrückten Natur gegen die Herrschaft unmittelbar der Herrschaft nutzbar zu machen strebt. Dieser Mechanismus bedarf der Juden. (...) Indem der Verwurzelte an seiner Differenz vom. Juden die Gleichheit, das Menschliche, gewahrt, wird in ihm das Gefühl des Gegensatzes, der Fremdheit induziert.«

Faschismus als Massenbewegung ist demnach weit mehr als bloße Herrschaftsform des Kapitals, denn die faschistische Propaganda beinhaltet ein quasireligiöses Erlösungsversprechen. Der Faschismusforscher George L. Mosse verweist auf die starke Bedeutung eines solchen antirationalen faschistischen Heilsversprechens: »Allen westlichen Formen des Faschismus war die Flucht vor der Wirklichkeit in eine gefühlsmäßige und mystische Ideologie gemeinsam. Diese Art der Revolution bewegte sich von einer Ablehnung der Realität hin zu einer Glorifizierung der Ideologie. So war es möglich, dass die faschistische >Revolution< die bestehenden Gesellschaftsstrukturen, und damit auch das Recht auf Privatbesitz, bestehen lassen konnte.«

Historisch wie aktuell zeigt sich für die Linke an solchen Beispielen die Gefahr der Verkennung von materialistischer Kritik und populistischem Ressentiment.

Der Autor ist Referent des Antirassistischen Bildungsforums Rheinland.
Alex Busch



Faschismus, Totalitarismus oder Sonderweg?

Die in der Totalitarismustheorie propagierte angebliche Analogie der »rechten und linken Ränder« für einen »Extremismus« faschistischer wie marxistischer Prägung unter dem gemeinsamen »Banner des Kollektivismus« ist jedoch eher politisch motiviert als empirisch und ideologiekritisch belegbar. Gegen derartige totalitarismus-theoretische Zuschreibungen verweist der an der Systemtheorie Max Webers orientierte Soziologe Stefan Breuer auf die ideologische Unvereinbarkeit von Faschismus und Marxismus: »Stellte schon der >reine Syndikalismus< einen Bruch mit zentralen Elementen des marxistischen Sozialismus, allen voran der Werttheorie, dar, so verwischte der nationale Syndikalismus bzw. Sozialismus die Verwandtschaftsbeziehung noch weiter, bis dann der Linksnationalismus auch noch das letzte Band durchschnitt.«

Aus kapitalismuskritischer Sicht ist der Begriff des Totalitarismus zur Kennzeichnung des faschistischen Phänomens abzulehnen, weil er eine Gleichsetzung von Links und Rechts impliziert und den prokapitalistischen Charakter des Faschismus verschleiert. Für den marxistischen Staatstheoretiker Nicos Poulantzas stellt der Faschismus die extremste Form eines »kapitalistischen Ausnahmestaats« dar. Im Gegensatz zu reinen Militärdiktaturen und bonapartistischen Regimen weise der Faschismus ein »vielschichtiges Verhältnis« zu den beherrschten Klassen auf: Dieses Verhältnis habe »aus dem Faschismus gerade den notwendigen Vermittler der Restabilisierung der politischen Herrschaft und der Hegemonie« gemacht. Der Historiker Karl Heinz Roth betont die Bedeutung der faschistischen Intervention zur Sicherung der kapitalistischen Ordnung: »Der Faschismus verstand sich in all seinen Varianten als Hüter und Bewahrer des kapitalistischen Eigentums. (...) An die Stelle des Liberalismus klassischer Prägung traten neue staatsinterventionistische und ordnungspolitische Konzepte zur ökonomischen Konsolidierung der nationalen Wiedergeburt^ bei denen ad hoc-Entscheidungen mit mittelfristigen Rüstungsprojekten und langfristigen sozialökonomischen Programmen zur Sicherung und Stabilisierung der neoimperialistischen Machtstellung Hand in Hand gingen.«

Im Gegensatz zum Mainstream der bürgerlichen deutschen Historiker-zunft verweisen international anerkannte Historiker wie Ian Kershaw auf die Brauchbarkeit des Faschismusbegriffs: »Mit Hilfe des Faschismusbegriffs lassen sich der Charakter des Nationalsozialismus, die Umstände seines Anwachsens, die Art seiner Herrschaft und seine Einordnung in den europäischen Kontext der Zwischenkriegszeit befriedigender und zutreffender erklären als mit Hilfe des Totalitarismus-begriffs.«

In einem solchen gedanklichen Kontext erscheint auch die Herleitung des Nationalsozialismus als bloßes Produkt eines »deutschen Sonderwegs« als problematisch, da sie den strukturellen und gesamteuropäischen Entstehungskontext des Faschismus ausklammert. Deshalb plädieren kritische Historiker wie Geoff Eley dafür, die »Authentizität der deutschen Erfahrung als eines Falles erfolgreicher, aber konfliktbeladener kapitalistischer Modernisierung anzuerkennen.« Eley verweist in diesem Zusammenhang auf die Tatsache, dass das deutsche Kaiserreich nicht als rückständiger Staat betrachtet werden kann. Es wurde von seinen Zeitgenossen vielmehr als »das zwingendste Beispiel eines spezifisch modernen Staates betrachtet, als Modell nationaler Effizienz, gegründet auf die dynamischste kapitalistische Wirtschaft Europas. Unter diesen Voraussetzungen kann man sagen, dass sowohl die inneren Konflikte der deutschen Gesellschaft wie auch ihr ruheloser Expansionismus nach außen nicht Symptome einer Pathologie der Rückständigkeit waren, sondern geradezu Ausdrucksformen ihrer Modernität, die Produkte einer sich modernisierenden Gesellschaft - also einer Gesellschaft, die kapitalistische Industrialisierung erfährt - die sich auf ihre Grenzen zu bewegt und an diese Grenzen stößt.« Nicht nur im Interesse historischer Genauigkeit ist eine komparative Faschismusanalyse von Bedeutung. Die Shoah ist als faschistisches Menschheitsverbrechen singulär, der Entstehungskontext des deutschen Faschismus jedoch nicht. Darauf weist auch der Historiker Fritz Fischer hin: »Doch so singulär die verbrecherisch-unmenschlichen Züge der Hitler-Diktatur waren, es würde eine unzulässige Verkürzung der historischen Wirklichkeit sein, das >Dritte Reich< allein von diesem Geschehen aus zu sehen. Vielmehr ist es nötig, die durchgehenden Strukturen und Ziele des 1866/71 entstandenen und 1945 untergegangenen Preußisch-Deutschen Reichs zu analysieren, sich das Kontinuum im Wandel und seine Wirkungen im internationalen System zu vergegenwärtigen.«

Gerade hier besteht die Gefahr einer Herauslösung der NS-Vernichtungspraxis aus ihrem Entstehungskontext durch die vorherrschende Tendenz, die Verbrechen des NS aus der Geschichte der westlichen Welt zu verbannen. Diese Tendenz dient nicht nur der Verklärung der Geschichte, sondern zugleich der Rechtfertigung der vorherrschenden Ordnung als angeblich »antitotalitärem Garant« für Demokratie und Zivilisation. Der Politikwissenschaftler Enzo Traverso fordert deshalb, »die Aufmerksamkeit auf eine tiefe Verankerung des Nationalsozialismus, seiner Gewalt und seiner Massenmorde, in der Geschichte des Okzidents, im Europa das industriellen Kapitalismus, des Kolonialismus, des Imperialismus, des Aufschwungs der modernen Wissenschaften und der Technik, im Europa der Eugenik, des Sozialdarwinismus, kurzum, im Europa des >langen< 19. Jahrhunderts, das auf den Schlachtfeldern des Ersten Weltkriegs zu Ende ging«, zu lenken.

Wenn der kategorische Imperativ Adornos, alles zu tun um eine Wiederholung des Grauens von Auschwitz zu verhindern, Gültigkeit haben soll, so ist der strukturelle Entstehungskontext von Nationalismus, Antisemitismus, Rassismus und Faschismus in Augenschein zu nehmen.

AIB Nr. 69 5.2005

Schmeißt das Geld weg!

Kann es so etwas wie eine ironische Firma geben?

Von Holm Friebe

Wirtschaft ist eine ernste Angelegenheit, genau wie Sex oder Religion. Walter Benjamin vertrat sogar die Ansicht, daß der Kapitalismus eine Religion sei, denn »der Kapitalismus dient essentiell der Befriedigung der selben Sorgen, Qualen, Unruhen, auf die ehemals die sogenannten Religionen Antwort gaben«. Und eine ironische Religion ist genausowenig vorstellbar wie ironischer Sex bzw. »ein ironischer Orgasmus« - ein Widerspruch, auf den Robert Gernhardt in einer seiner Erzählungen aufmerksam gemacht hat, die seitenlang minutiös den inneren Monolog während eines Geschlechtsakts wiedergibt. »Beim Geld hört der Spaß auf« lautet ein erfolgreiches Mem, das sich seit Generationen hartnäckig fortpflanzt. Daß Banker und Buchhalter über keinerlei Humor verfügen, ist hinlänglich bekannt, aber auch in Branchen, die sich äußerlich legerer geben, wird man auf kompromißlosen, bleiernen Ernst stoßen, wenn es um das Selbstverständnis als Wirtschaftssubjekt geht. Die eigene Branche, die eigene Arbeit oder gar die eigene Firma nicht hun-dertprozentig ernst zu nehmen, ist eines der letzten Tabus, das die sonst permissive Gesellschaft errichtet hat. Was uns Mitmenschen im Privaten sympathisch erscheinen läßt, die Befähigung zur Ironie und zur gesunden Selbstdistanz, ist auf institutioneller Ebene des Unternehmens und seiner Mitarbeiter ein Ding der Unmöglichkeit. Der Literaturwissenschaftler Richard Rorty entwirft in Kontingenz, Ironie und Solidarität die »liberalen Ironiker« als erstrebenswertes Idealbild des heutigen Intellektuellen und versteht darunter Personen, »nie ganz dazu in der Lage, sich selbst ernst zu nehmen, weil immer dessen gewahr, daß die Begriffe, in denen sie sich selbst beschreiben, Veränderungen unterliegen; immer im Bewußtsein der Kontingenz und Hinfälligkeit ihrer abschließenden Vokabulare, also auch ihres eigenen Selbst«. Im öffentlichen Auftreten von Firmen, m der Sprache, mit der sie kommunizieren, und im Vokabular, mit dem sie sich selbst beschreiben, wird man diese eingebaute Distanz vergeblich su-chen. Unabhängig davon, wie Mitarbeiter real über ihren Betrieb denken mögen, gilt im Auftreten nach außen das Dogma des Ernstes. Jeder, der es verletzt, wird aus dem Wirtschaftskreislauf ausgeschlossen, genau wie die katholische Kirche diejenigen Mitglieder und Splittergruppen exkommuniziert, die es wagen, öffentlich ihre Dogmen anzufeinden.

Dennoch geht vom Konzept der iro-nischen Firma eine gewisse Faszination aus. In den unübersichtlichen Grenzregionen von Ökonomie, Konzeptkunst und po-litischem Aktivismus gab es immer mal wieder theoretische Erörterungen und reale Durchführungen von Unternehmungen, die durchaus das Prädikat der ironischen Firma für sich beanspruchen können. Ebenso unterschiedlich wie Ausrichtung und Zielsetzung fiel auch der kommerzielle Erfolg im Einzelfall aus. Oft war es erklärtes Ziel des Vorhabens, eben diesen zu vermeiden, was sich im Einzelfall als gar nicht so einfach erwies. Immer ging es darum, experimentell ein paar der Axiome zu lockern, die nach allgemeinem Vorverständnis die Grundlagen rationalen ökonomischen Verhaltens bilden. Eine umfassende Geschichtsschreibung der ironischen Firmen steht noch aus. Hier eine unvollständige Liste einiger Einträge, die darin auf keinen Fall fehlen dürften:

• In seinen 1972 unter dem Titel Siegfried veröffentlichten Memoiren berichtet der ehemalige März- und Olym-pia-Press-Verleger Jörg Schröder über ein Projekt, das den krönenden Schlußstein seines mit dem Import pornographischer Literatur nach Deutschland finanzierten Verlagsimperiums hätte bilden sollen: »eine Art Kreativagentur ohne Zielsetzung, eine kryptische Agentur: Bismarc Media«. Für diese Zwecke wird eine repräsentative Etage über den Räumen der beiden Verlage in der Frankfurter Schwindstraße an-gemietet. Schröder erinnert sich: »Meine ehemaligen Mitverschwörer ärgerten sich am meisten, weil sie nicht wußten, was ich mit der Bismarc Media machen wollte. Dabei wußte ich das doch selber nicht, denn das war ja der Zweck der Bismarc, daß ihre Zielsetzung nicht definiert werden sollte. Aber nun erklär mal etwas, das sofort im Eimer ist, wenn man es erklären kann.« Obwohl die Bismarc Media im Mai 1970 den Betrieb aufnimmt, scheitert das Unter-nehmen alsbald am Unverständnis der designierten Mitarbeiter, die sich mit der erklärten Ziellosigkeit des Vorhabens nicht arrangieren können. Das Projekt wird kurz darauf wieder eingestellt. Schröder rekapituliert: »Mit der Bismarc hatte ich, in meinem Hinterkopf, eine Vorstellung (und hab sie immer noch): eine Agentur, die jedes Zieldenken aufhebt, die jede Leistungsarbeit aufhebt, eine Agentur, die, nach derzeitigen kommerziellen Überzeugungen, einfach nichts leistet. Es war aus verschiedenen Gründen nicht zu machen.«

• Die radikalste Praxis auf diesem Feld lieferten wohl die Briten Bill Drummond und Jimm Cauty. 1987 gründeten sie als Punk-sozialisierte Endzwanziger die Band KLF, was für »Kopyright Liberation Front« stand, und führten das Sampling in die damals entstehende Housemusik ein. Ihr erster Hit basierte auf dem Abba-Song »Dancing Queen«, was zu einer einst-weiligen Verfügung und konsequenten Verbrennung der beschlagnahmten Schwe-dischen Gesamtauflage in Stockholm führte. 1988 kündigten sie an, einen Nummer-eins-Hit zu landen, benannten sich um in The Timelords und erfüllten ihr Versprechen mit dem cheesy Dancehit »Doctorin' the Tardis«. Darauf erschien ihr Handbuch The Manual (How to Have a Number One the Easy Way), das eine idiotensichere Anleitung zum Schreiben eines Charthits verhieß, andernfalls man das Geld für das Buch zurückbekäme. Der österreichischen Formation Edelweiss gelang es durch akribisches Befolgen der Anleitung, über 2 Millionen Stück der Single »Bring Me Edelweiss« zu verkaufen. Weitere Nummer-eins-Hits folgten, und KLF waren der erfolgreichste britische Act jener Tage.

Am 23. August 1994 machten sich

Drummond und Cauty zur Insel Jura auf, um dort in der Nähe des Dorfes Ardfin in einer nächtlichen Aktion vor einem kleinen und äußerst skeptischen Publikum eine Million britische Pfund in kleinen Scheinen zu verbrennen; es dauerte über eine Stunde, die Bündel aufzuschichten und abzufackeln. Einige Noten verbrannten dennoch nicht und wurden tags darauf von einem Inselbewohner gefunden und zur Polizei gebracht. Die verfolgte anhand der Seriennummer der insgesamt 1.500 Pfund die Spur zu Drummond zurück, der jedoch die Annahme verweigerte. Die Asche halbverkohlter Scheine im Wert von 81.000 Pfund nahmen Drummond und Corty mit und ließen sie schließlich von einem Ziegelbrenner in Chesham in Ziegelsteine brennen. Den Grund dafür wollten sie 23 Jahre später offenlegen. Bei der Verleihung der Brit Awards im darauffolgenden Jahr verkündeten sie: »The KLF have left the music business«, und zogen sich aus der Öffentlichkeit zurück. Drummond und Cauty haben verabredet, nie über die Million zu reden. In einem Interview im Jahr 2000 gesteht Drummond dann aber doch: »Es ging nicht darum, alles Geld zu verbrennen. Es ging nicht darum, es sich von der Seele zu schaffen. In diesem Kontext war eine Million viel mehr als zwei Millionen. Eine Million ist eine Ikone. Sie ist das, worüber wir reden, wovon wir träumen. Sie hat die Macht.« Ob er es seither jemals bereut hätte? »Nein.« Ob er heute finanziell abgesichert sei? »Nein, keineswegs.«

• Dazu paßt die 1999 geplatzte Kooperation der Deutschen Bank mit dem Filmemacher und Theaterregisseur Christoph Schlingensief. Anläßlich eines Galaabends im Berliner Reichstag hatte die dem Geldinstitut angegliederte Alfred Herrhausen Stiftung dem notorischen Provokateur wagemutig freie Hand für ein Event gegeben. Als Schlingensief ankündigte, unter dem Titel »Rettet den Kapitalismus - schmeißt das Geld weg« sein gesamtes Honorar in Höhe von 100.000 DM in kleinen Scheinen vom Dach des Reichstags zu werfen, machte die Bank sehr schnell einen Rückzieher.

• Zu einer echten Anti-Firmen-Firma wurde die Schweizer Künstlergruppe Etoy, auch wenn das von Anfang an so gar nicht geplant war. Die in Zürich ansässige siebenköpfige Gruppe gehörte zu den Pionieren der Netzkunst und hatte bereits 1995 ihre Internetdomain www.etoy.com registrieren lassen. Auf der zugehörigen Website, dem Etoy.Tanksytem, beschrieben als »Paralleluniversum irgendwo zwischen Lego-Land, Internet-Trainingslager, virtueller Kirmes, Hypermedia-Testgelände und Internetmotel für den Reisenden der neuen Art«, fanden sich allerlei krude Medienkunst-Experimente, darunter durchaus einige pornographischen Inhalts. Verstärkte Aufmerksamkeit erfuhr die Website erst 1999, als die Interneteuphorie richtig losbrach und der Hype um den E-Commerce seinen Höhepunkt erreichte. Kunden des in den USA ansässigen Internet-Spielzeughändlers eToys hatten sich beschwert, weil sie - und schlimmer noch: ihre Kinder - versehentlich auf der Etoy-Website gelandet waren, woraufhin die Geschäftsführung die Künstler auf Herausgabe der Domain verklagte. Für die damals arg zerstrittene und bereits in Auflösung begriffene Gruppe wurde die Klage zum Kristallisationspunkt einer neuen Identität. Über Netzkunst-Netzwerke gelang es ihnen, schnell eine breite Front der Solidarisierung zu mobilisieren, und die »Toywars« begannen. Die eine Seite hatte teure Anwälte, die andere Guerillatechniken, um Server lahmzulegen oder Gerüchte in Investorennewsgroups zu streuen.

Die Etoy-Künstler begriffen ihre Chance, indem sie alle künstlerischen Energien in den Aufbau einer Antifirma steckten und die Praktiken der Gegenseite durch Aneignung parodierten, zu einer realen Bedrohung für sie zu werden. Wie bei den gehypten Internetfirmen ging es darum, eine Marke zu schaffen, die nichts verkauft als sich selbst. »Die Etoy.Crew wird keine Kunst-werke, Popsounds oder Software verkaufen wie ihre Wettbewerber«, kündigten sie an, »Etoy hat keine Produkte - Etoy ist das Produkt.« Statt Kunstwerke zu verkaufen, gaben sie nun selbstgestaltete Aktien mit ihren Konterfeis aus, sogenannte Etoy.Shares, die sich für fast 10.000 Dollar das Stück verkauften. Die Toywars hatten Etoy berühmt gemacht, und ihr Marktwert stieg täglich, während der Börsenkurs von eToys einbrach — was nur zum Teil an den Etoy-Aktivitäten lag, zum größeren Teil wohl dem Platzen der Internetblase geschuldet war. Man kann sagen, daß der Punkt, wo die Satire in ihr Gegenteil umkippte, am 2. Dezember 1999 erreicht war, als die neu gegründete Etoy.Corporation nun ihrerseits begann, eToys zu verklagen. Am 25. Januar einigten sich die beiden aufgeriebenen Parteien gütlich vor Gericht, und eine der laut Etoy »teuersten Performances der Kunstgeschichte (4,5 Milliarden Dollar)« - soviel hatte eToys inzwischen an Wert eingebüßt - fand ein Ende. Im März 2001 war das Ziel endgültig erreicht und eToys meldete Konkurs an. Wenig später zerstritten sich die Etoy-Gründungsmitglieder endgültig und gingen unterschiedliche Wege.

• Für die politische Indienstnahme der Firmenidee könnte ein 1958 in Belgien erschienenes schmales Bändchen stehen, das unter anderem eine völlige Neubewertung der Werbung in der künstlerisch-revolutionären Praxis vorschlägt — wenn es nicht bis heute völlig unbeachtet geblieben wäre. Geschrieben hat es der belgische Kommunist, Surrealist und Magritte-Freund Marcel Marien, der Titel lautet Theorie de la revolution mondiale immédiate, und die einzige deutsche Übersetzung erschien 1989 unter dem Titel Weltrevolution in 365 Tagen — Versuch über das Unmögliche und ist längst vergriffen. Nachdem Marien im ersten Teil das Scheitern aller bisherigen linksrevolutionären Politikansätze in der westlichen Welt schonungslos analysiert hat, entwirft er das Programm einer klandestinen Weltrevolution, die sich voll und ganz auf die Mechanismen der Massenpsychologie, der Werbung und des Marketings stützen und vollends in ihnen aufgehen soll: »In unseren Aktionen vermischen sich Werbung und Produkt, das sie bekannt machen soll, und werden tatsächlich Ein- und Dasselbe.«

Der Plan Mariens sieht in der ersten Stufe die Gründung eines weltweit operierenden, äußerlich völlig unpolitischen »Freizeitclubs« vor, der nach allen Regeln der Kunst kommerziell erscheint: flankiert durch eine großangelegte Kampagne, die jeden in der Sprache anredet, »die er versteht, die er mag und die ihn fesselt«; ausgestattet mit einem so einfachen Logo, »daß es sehr leicht selbst von Kinderhand nachgemacht« und »auch noch mit dem Finger auf die beschlagene Fensterscheibe oder in den Staub auf den Autos gezeichnet werden kann«. Basis der langfristigen Subversion des kapitalistischen Systems soll seine perfekte Affirmation und Assimilation sein: »Es kommt also darauf an, sowohl unser Personal als auch das Publikum davon zu überzeugen, daß wir >Geld machen<, daß sich unsere gigantische Werbung bezahlt macht. Und tatsächlich, wir werden Geld machen, und das ist alles in allem unsere beste Tarnung.« Der Weg zur Weltrevolution binnen Jahresfrist führt anschließend über die Gründung einer imaginären Partei und einer Gegenpartei, die genau entgegengesetzte Positionen vertreten, die aber gemeinsam dank ihres enormen finanziellen Rückhalts und ihrer multiplen Propagandakanäle bei den anstehenden Wahlen die überragende Mehr-heit erzielen können. Am Schluß stehe die Machtergreifung und die Abschaffung des Privateigentums an sämtlichen Produktionsmitteln. Ob sein Vorschlag jemals ernsthaft in Erwägung gezogen wurde, ist nicht bekannt. Vielleicht haben wir aber auch nur einfach noch nichts davon mitbekommen.

geklaut aus: konkret Okt. 05

Seit Anfang des Jahres sind in Frankreich 9.000 Polizeiautos angezündet oder sonstwie zerstört worden. ... Im Schnitt zwischen zwanzig und dreißig Wagen täglich werden angezündet. Das gab heute der französische Innenminister Nicolas Sarkozy bekannt.

Quelle: MICHAEL JEISMANN, F.A.Z., 26.10.2005, Seite 37

Do. 01.12.´05 im Alhambra, Einlaß 21 Uhr,

Wickeda (Sofia / Bulgaria)

Balkan Rhythmen mit Ska,
sowie Reggae- und Funkelementen,

vor allem diese Beats, die Sitzenbleiben unmöglich machen. in Bulgarien sind sie seit sechs Jahren musikszeneprägend, sie haben Festivals in Hungary, Makedonia, Croatia, Slowakia, Greece und Germany (u.a. Fusion) bespielt. 2002 waren sie dann erstmals hier auf Tournée durch die Städte.

Das Debütalbum „Revolucia“ -´99, dann „Zatova, zashtoto„ -´00 und „Do tuk...“-´01, darauf „Osaznay se klasovo“ -´03 und das aktuelle Album „1618“ -´04.

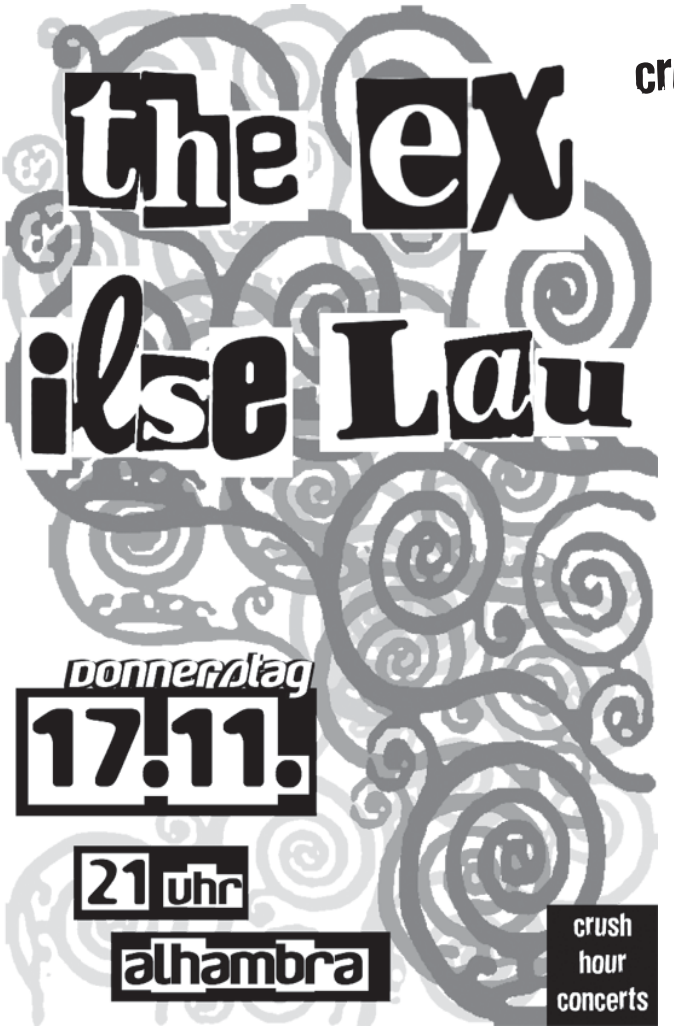
www.wickeda.net
musik anhören:
http://www.wickeda.net/albums.htm
www.Sputnikkonzerte.de

WICKEDA sind:
Erol Ibrahimov (Gesang, Bass),
Rossen Grygorov (Guitarre),
Deian Dragiev (Schlagwerk),
Alexander Borisov (Posaune)
Sando Sandov (Trompete)

Wortspielreiche Texte, mit Witz, dem Alltagsheldentum frönend; wir werden einfach von der Energie der Band und ihrer Musik überrascht.

Sofia

ISS002E9907 2001/07/18 08:07:45



crush hour concerts präsentiert:

+ koyaanisqatsi
+ freddy and the beatboys
+ parolen rufen
+ special guest

23.12.05 Alhambra

crush hour concerts

Termine:

November 05

Do.	3.11.	22:00	Fachschaftsparty Sachunterricht / ISB
Fr.	4.11.	22:00	Reggae Corner
Sa.	5.11.	22:00	Lesbischwule Halloween-Party
Fr.	11.11.	22:00	step step step - Tanzparty
Sa.	12.11.	22:00	FrauenLesben-Disco: Drag Party
Mo.	14.11.	20:30	Antfa-Cafe: Filme zum 3.9. und zum 8.10.
Do.	17.11.	21:00	Crush Hour Concerts: The Ex + Ilse Lau
Fr.	18.11.	23:23	Teonanacatl (Goa-Party)
Sa.	19.11.	22:00	Männerfabrik
Fr.	25.11.	21:00	Punk-Rock Konzert
Sa	26.11.	22:00	Rosa Disco
So.	27.11.	18:00	Gothic-Treff

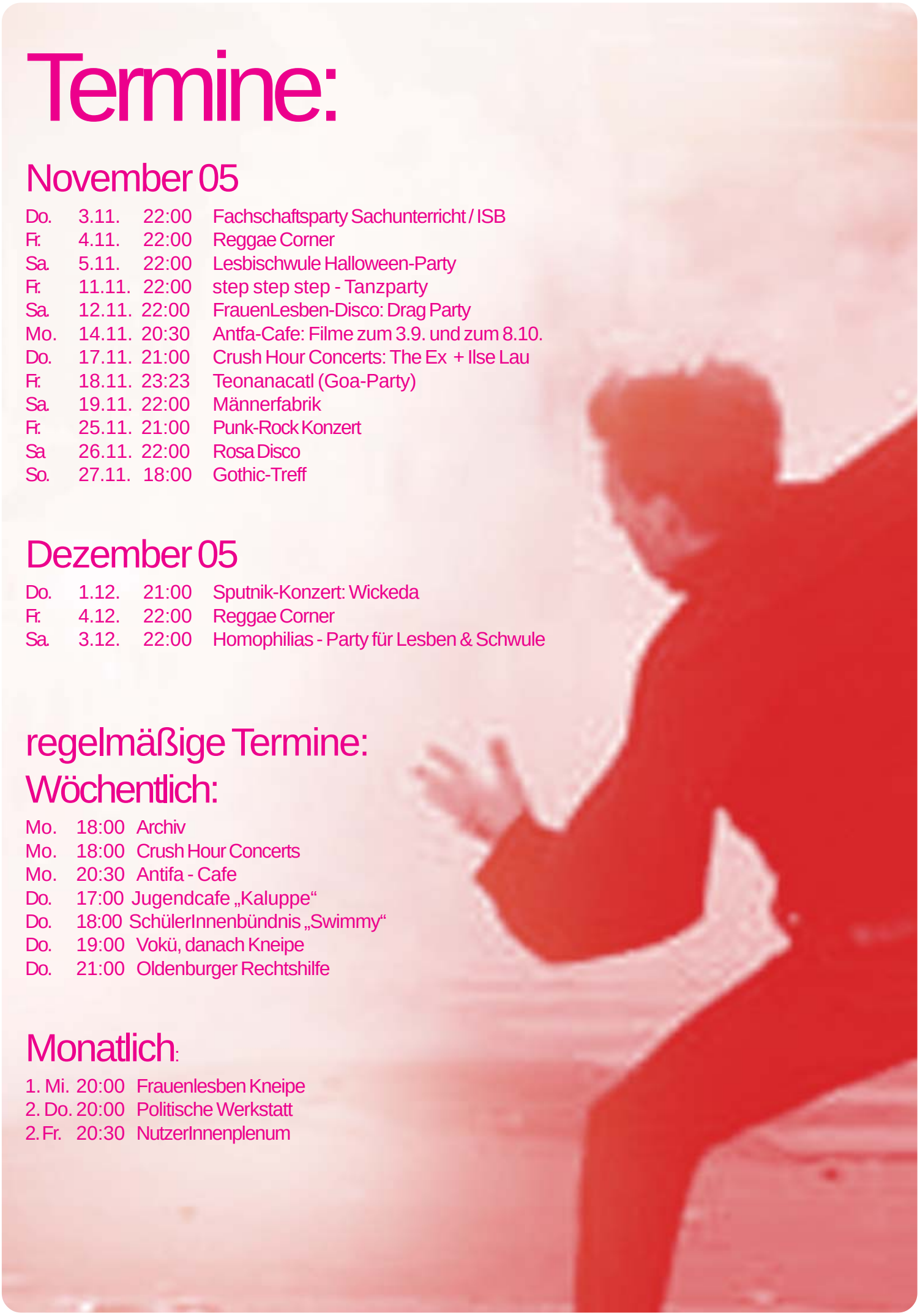
Dezember 05

Do.	1.12.	21:00	Sputnik-Konzert: Wickeda
Fr.	4.12.	22:00	Reggae Corner
Sa.	3.12.	22:00	Homophilias - Party für Lesben & Schwule

regelmäßige Termine:

Wöchentlich:

Mo.	18:00	Archiv
Mo.	18:00	Crush Hour Concerts
Mo.	20:30	Antifa - Cafe
Do.	17:00	Jugendcafe „Kaluppe“
Do.	18:00	SchülerInnenbündnis „Swimmy“
Do.	19:00	Vokü, danach Kneipe
Do.	21:00	Oldenburger Rechtshilfe

Monatlich:

1. Mi.	20:00	Frauenlesben Kneipe
2. Do.	20:00	Politische Werkstatt
2. Fr.	20:30	NutzerInnenplenum